

# Ostland

Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten G. V., Berlin W 30, Mohlftraße 46. (Verwalter W. S. Warbarow 1914.)  
Postfachnummer Berlin 45849 - Verantwortl. für die Schließung: Dr. Otto K. Redel, 24m. Fischerdamm, 10877, 2  
Druck: Druckhaus Spandau, Zuh. Rudolf Schmidt, Engelbecker Str. 16 - Erscheint monatlich, zweimal - Heftpreis  
vierteljährlich RM. 0.90 - Einzelmummer 1/2 RM. 0.20 und 3/4 RM. 0.05 Postgebühren. - Anzeigenpreisliste 2 - 3 u. 8.

№. 5

Berlin, den 1. März 1936

17. Jahrgang

## Polen und der französisch-sowjetistische Pakt

Am 2. Mai vorigen Jahres wurde in Paris der französisch-sowjetistische Weisandspakt unterzeichnet. Seitdem hat sich die Moskauer Stellung in Mittel- und Westeuropa ganz erheblich gefestigt. Vor allem hat sich die Tschschei zu einem dankbaren Verbundfeld des bolschewistischen Dranges nach Westen entwickelt. Ganz hat sich als geeignete Plattform für die Tätigkeit der fotonfähig gewordenen Kapitalfluentler erwiesen. Die Beziehungen zu Rumänien haben sich günstig gestaltet. In Frankreich proklamiert Stalin im Namen der „Sicherheit“ die Einfrierung Deutschlands. Hadza wünscht Italien als Projektor der österrreichischen „Unabhängigkeit“ durch die Sowjetunion zu ersehen. Bern beugt sich der hege marxistischen Kreise. In Riga bekennet man sich zu bolschewistischen Diebstahlsmethoden. In Kauen erfolgt man die Berechtigung litauischer Gebietsansprüche an hand des königsberger Dreibuchs. Holland ergittert vor dem Phantasieprodukt eines Einmarzches der deutschen Armee. Dänemark sucht nach Gründen, sich vor Deutschland zu fürchten. Die englische Presse glaubt ihre durch das Del getriebene Laune am deutschen Partner auslassen zu können. Starheberg wirbt für den verhinberten Otto. Van Zeeland lehnt eine Aussprache über das belgisch-französische Militärabündnis ab. In Spanien brennen katholische Klöster. Leipzig schießt allenthalben die Saat der bolschewistischen Propaganda ins Kraut. Und sichtbar ruht auf dem Ganzen der Segen der allein-jeligmachenden Kirche.

Moskau hat Grund, zufrieden zu sein: Am 27. Februar hat die französische Kammer den Pakt mit Moskau mit 353 zu 164 Stimmen ratifiziert. Dieser Pakt ist wohl der letzte groß angelegte Versuch einer Organisierung der in Europa vorhandenen deutschfeindlichen Kräfte. „Die diplomatische Geschichte der letzten Monate“, schrieb kürzlich ein französisches Blatt, „ist ein Stück alter Einfrierungspositiv in geradezu riesigem Ausmaß“. Die Föhrung dieser Politik liegt in den Händen der Ideeneträger der roten Revolte. An deren treibender Kraft entzündet sich der imperialistische Geist der alternden französischen Bourgeoisie. Und im Dienste der beiden sucht die schiedliche Demokratie eine Verubigung ihres schlechten Gewissens. Von Michael Tuschatschewski, dem Marschall der Roten Armee, kam die Parole: „Im Westen erfüllt sich das Schicksal der Weltrevolution. Der Weg des Weltbrandes geht über den Leichnam des polnischen Staates.“ Von Philippe Berthelot, dem Initiator der französisch-sowjetischen Annäherung, der von 1910 bis 1932 der mächtigste Mann im französischen Außenministerium war, kommt das apytische Wort: „Wenn ein Mensch verunglückt, so ist das schredlich. Wenn hunderttausend Menschen in einer Schlacht umkommen, so ist das nichts als Statistik.“ Und August Benezet, der mit kommunistischer Hilfe zum Präsidenten des tschechoslowakischen Staates gewählt wurde, bekennet: „Der Einfluss der russischen Oktoberrevolution wird infolge seiner Wahrheit und Kraft ganz Europa durchsetzen, wie

feinerzellt die Ideale der französischen Revolution.“

Der Pakt ist gegen Deutschland gerichtet. Aber auch Polen befindet sich in einer keineswegs beneidenswerten Situation. Da es zwischen Deutschland und der Sowjetunion liegt, gibt es im Falle eines bemanneten Konfliktes für Polen keine Möglichkeit der Neutralität, auch dann nicht, wenn der unwahrscheinliche Fall eintreten sollte, daß sich die Rote Armee darauf beschränkt, ihren Angriff gegen das Reich unter Umgehung polnischen Hoheitsgebietes durch den sowjetischen Korridor und über lettisch-litauisches Gebiet vorzutragen. Ob Freund oder Feind, in jedem Falle wäre durch einen Vormarsch der Roten Armee die Existenz des polnischen Staates in Frage gestellt. Es ist bekannt, daß Tuschatschewski, der Oberbefehlshaber dieser Armee, die Daseinsberechtigung des polnischen Staates grundtätzlich verneint und von dem Erzeugt befehlt ist, das im Jahre 1920 mißlungene militärische Experiment unter günstigeren Voraussetzungen noch einmal zu versuchen. Es ist auch bekannt, daß die kommunistische Internationale, gestützt auf die Masse der polnischen Juden, schon seit längerer Zeit mit verstärktem Nachdruck die „innere Front“ in Polen aufzurichten versucht.

Es ist bei Erwägung derartiger Möglichkeiten verständlich, daß wenig Raum für panlawistische Reigungen bleibt. Die polnische Presse, auch diejenige der oppositionellen Parteien, ist gegen den französisch-sowjetistischen Pakt. Die polnische Außenpolitik kann keinem Pakte zustimmen, der ein Durchmarschrecht durch polnische Staatsgebiete oder durch Gebiete vorzieht, die zu ihrer unmittelbaren Interessensphäre gehören. Die „Gazeta Polska“ erklärt: Die Folgen der deutschen Außenpolitik für die Juden und die Erbitterung der Marxisten über die Niederlage, die Adolf Hitler der 2. Internationale beigebracht hat, können niemals Bestandteile der polnischen Staatsraison sein. Die Heropositivität und Unbeständigkeit durch die Politik des Quai d'Orsay gekennzeichnet ist, ruft in Polen Zweifel an dem Wert eines Zusammengehens mit Frankreich hervor: Die von den inneren Verhältnissen in Frankreich diktierte Taktik (Canals), heißt es in der „Polska Zbrojna“ hierüber, habe in Warschau nicht die Heberzeugung von der Stetigkeit der französischen Außenpolitik bei der augenblicklich zu entwickelnden internationalen Lage zu stärken vermocht. Es sei aber unzulänglich, von Polen eine engere Zusammenarbeit da zu verlangen, wo diesem nicht einmal mitgeteilt werde, mit welcher Politik es eigentlich zusammenarbeiten solle.

Wenn die polnische Politik gegen den französisch-sowjetistischen Pakt eingestellt ist, so heißt das noch lange nicht, daß sie sich auf eine Linie mit Deutschland begibt. Die polnische Politik zielt vielmehr nach wie vor darauf ab, eine internationale Situation zu erhalten, die ihr die Möglichkeit läßt, sich, ohne Bindung an diese oder

jene Seite, frei zu bewegen. Sie ist nicht deshalb gegen den Abschluß des Paktes gerichtet, weil sie mit Deutschland zusammengehen will, sondern im Gegenteil gerade deshalb, weil sie nicht durch einen Pakt, der Europa in zwei feindliche Lager teilt, gezwungen sein will, mit Deutschland zusammenzugehen. Daher entfaltet die polnische Außenpolitik bei ihren Berichten, das Zustandekommen des Paktes noch in letzter Stunde zu hintertreiben, eine durchaus eigenwillige, von Deutschland unabhängige und vielleicht nicht einmal immer den deutschen Interessen gleichgeordnete Aktiivität.

Da ist zunächst Estland, also derjenige der drei baltischen Staaten, der seit jeher die freundschaftlichsten Beziehungen mit Polen sowohl auf politischem wie auf militärischem Gebiet unterhält: General Laidoner, der Oberkommandierende des estländischen Heeres und, neben dem Staatspräsidenten Päts, der maßgebende Politiker dieses Landes, machte kürzlich auf der Durchreise nach Wien in Warschau Station. Da ist weiter Ungarn, das, durch eine historische Freundschaft mit Polen verbunden, mit Rücksicht auf die slowakische Frage besonders lebhaft an der polnischen Außenpolitik interessiert ist: Oberst Beck wird demnächst den letztjährigen Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös erwidern. Da ist auch Süd-Litauen, das sich bisher allem Drängen der Tschechen, seinen hartnäckigen Widerstand gegen die sowjetrussische Politik der Kleinen Entente aufzugeben, mit Erfolg widersetzt hat: Der polnische Außenminister wird binnen kurzem auch in Belgrad seine Aufmerksamkeit machen. Und schließlich ist da auch noch Italien, das trotz der Bindung seiner militärischen Kräfte in Ostafrika keineswegs daran denkt, sich sein Selbstbestimmungsrecht in den Fragen der Donaupolitik streitig machen zu lassen: Der polnische Botschafter in Rom wurde kürzlich, nachdem er mehrere Besprechungen mit dem Duce gehabt hatte, zur Berichterstattung nach Warschau befohlen. Aus diesen Tatsachen läßt sich erkennen, von welchen Zentren aus die polnische Außenpolitik die Kräfte gegen den französisch-sowjetrussischen Pakt und dessen mögliche Folgen zu mobilisieren gedenkt. Daß hierbei eine

gewisse Parallellität mit der deutschen Außenpolitik gegeben ist, liegt auf der Hand. Doch wäre es verfehlt, daraus jetzt schon auf eine Verpöpfung der Außenpolitik der beiden Staaten zu schließen.

Frankreich hat sich in Polen getäuscht. Vor zwei Jahren, als Polen den Gewaltverzichtspakt mit Deutschland abschloß, hat es geglaubt, daß es ihm gelingen werde, diesen „treulosen“ Partner durch die Drohung mit dem russischen Bündnis zum Einweichen und zum Gehoriam gegenüber den Wünschen des Dual-Dröng zu zwingen. Dann hat es gemeint, die Rückkehr Polens in die alte Abhängigkeit durch das vermehrte Gewebe des Ostpakttes verschleiern zu können. Und zuletzt hat es seine Hoffnung darauf gesetzt, daß der un-bequeme Ehef des Bröhlischen Palais durch die Knüppel, die ihm die francophile Opposition zwischen die Beine warf, und durch die Widerstände, mit denen Oberst Beck seit dem Herbst v. J. innerhafb der Regierung selber zu rechnen hatte, zu Fall gebracht werden könnte. Aber Frankreich hat weder mit der Drohung des Russenpakttes, noch mit der Lockung des Ostpakttes etwas erreicht, und jetzt zeigt es sich, daß Frankreich sich anscheinend auch hinsichtlich des dritten Punktes getäuscht hat: Die zeitweilige sehr heftige Kritik der Opposition an der Außenpolitik des Obersten Beck ist, seitdem die Ratifizierung des französischen Pakttes mit den Sowjetrussen auf der Tagesordnung steht, im wesentlichen verstummt; und im Seim hat sich der Ministerpräsident Roscalkowski zu der von Marshall Wisludski eingeschlagenen und von Oberst Beck fortgeführten außenpolitischen Linie bekannt. Dieses Bekenntnis hat den alten Entken Koscowski im „Kurier Warszawski“ zu einer halb verwunderten, halb bedauernden Feststellung veranlaßt: „Die angelegte politische Autonomie des Ministers Beck ist eine Legende. . . Wer hat da von Risiken in der Regierung gesprochen? Seht her: Hier ist keine Spur von einem Riß vorhanden.“ Richtiger müßte es wohl heißen: . . . nicht mehr vorhanden.“ Die Drohung des französischen Pakttes mit der Sowjetunion hat diesen Riß — bis auf weiteres — beileigt. Dr. K.

## Massenenteignung deutschen Grundbesizes

Alljährlich wird vom polnischen Ministerrat festgelegt, welche Flächen privaten und öffentlichen Großgrundbesizes in den einzelnen Wojewodschaften parzelliert werden sollen. Nach Ablauf des betreffenden Jahres wird festgelegt, ob die zur Aufteilung vorgesehene Gesamtfläche durch freiwillige Parzellierung erreicht werden ist. Das ist erfahrungsgemäß niemals der Fall. Daraufhin wird vom Ministerrat festgelegt, aus wessen Besitz die zur Erfüllung des aufgestellten Planes noch auszufeienden Flächen zwangsweise entnommen werden sollen. Seit dem Beginn der Agrarreform sind in dieser Kamensliste, soweit es sich um Polen und Pommerellen handelt, regelmäßig in der Hauptfläche die Namen deutscher Großgrundbesitzer enthalten.

Am 13. Februar 1934 hatte der polnische Ministerrat den Parzellierungsplan für das Jahr 1935 aufgestellt. Danach sollten in diesem Jahre in ganz Polen 65 000 ha privaten Besizes aufgeteilt werden, davon in Polen 10 000 und in Pommerellen 8 000 ha. Im Laufe des Jahres 1935 sind jedoch in ganz Polen nur 32 662 ha freiwillig aufgeteilt worden, davon in Polen nur 1790 und in Pommerellen nur 316 ha. Es ist in diesem Jahre also nur etwa die Hälfte der zur Parzellierung vorgesehene Fläche freiwillig aufgeteilt worden. Die Wojewodschaften Polen und Pommerellen haben sich an der freiwilligen Parzellierung am wenigsten beteiligt, ein Beweis dafür, daß die wirtschaftliche Lage des dortigen Großgrundbesizes noch am günstigsten ist. Durch die Verordnung vom 7. Februar d. J. hat der polnische Ministerrat daraufhin die Liste derjenigen Grundbesitzer festgelegt, aus deren Besitz die zur Erfüllung des Parzellierungsplanes für das Jahr 1935 noch zwangsweise aufzufeienden Flächen zu entnehmen sind. Zur Zwangsparzellierung gelang-

ten danach in ganz Polen im Jahre 1936 noch 32 838 ha, davon in Polen 8210 und in Pommerellen 7684 ha. Auf Polen und Pommerellen entfällt also etwa die Hälfte der insgesamt zwangsparzellierenden Fläche, nämlich 15 894 ha. Davon werden deutsche Eigentümer mit folgenden Flächen ihrer (in den genannten Kreisen gelegenen) Besitzungen betroffen:

Wag von Jozanne	1 290 ha (Naroczhin, Schudn, Szehrim)
Wojew Pommerellen	500 ha (Nentomischel)
Wojew Schlesien	430 ha (Schubin)
Großpolen	
Poznan, Kujawen	310 ha (Schubin)
Grot von Wloclawek	500 ha (Wloclaw)
Grot u. Bialiczin	300 ha (Grodzisk)
Woiwode Pabst	210 ha (Kozub)
Woiwode Plesz	444 ha (Sobotan)
Woiwode Zielonka	375 ha (Sturians)
Woiwode Zielonka	290 ha (Sturians)
Litz Schlesien	330 ha (Sturians)
Woiwode Zielonka	230 ha (Sturians)
Woiwode Zielonka	115 ha (Wentz)
Woiwode Zielonka	155 ha (Wentz)
Woiwode Zielonka	175 ha (Wentz)
Woiwode Zielonka	145 ha (Wentz)
Woiwode Zielonka	125 ha (Wentz)
Woiwode Zielonka	180 ha (Wentz)
Woiwode Zielonka	165 ha (Wentz)
Woiwode Zielonka	215 ha (Wentz)
Woiwode Zielonka	350 ha (Wentz)
Woiwode Zielonka	330 ha (Wentz)
Woiwode Zielonka	215 ha (Wentz)
Woiwode Zielonka	305 ha (Wentz)

In Polen werden demnach im laufenden Jahre von der Zwangsparzellierung 3 660 ha und in Pommerellen 4784 ha deutschen Grundbesizes betroffen, zusammen also 8444 ha. Das ist erheblich mehr, als an polnischen Privatgrundbesitz in diesen beiden Wojewodschaften zwangsweise aufgeteilt werden soll. Besonders stark wird der deutsche Grundbesitz in Pom-

merellen in Mittelbeschaft gezogen. In den einzelnen Kreisen dieser Wojewodschaft werden zwangsgeteilt an deutschem, bzw. polnischen Besitz

	deutsch:	441 ha	polnisch:	70 ha
Kreis Weidau	-	1166 ha	-	225 ha
Kreis Hartau	-	270 ha	-	185 ha
Kreis Berez	-	745 ha	-	— ha
Kreis Gombelburg	-	365 ha	-	— ha
Kreis Starogard	-	50 ha	-	— ha
Kreis Dirschau	-	900 ha	-	300 ha

Bisher wurden in den Wojewodschaften Polen und Pommerellen durch die Agrarreform in ganzen 68 443 ha deutsch und nur 32 636 ha polnischer Besitz enteignet. Mehr als ein Viertel der Fläche, die in ganz Polen im laufenden Jahre zwangsweise aufgeteilt werden soll, stammt aus deutschem Besitz.

Die zwangsweise Parzellierung wird auch in diesem Jahre, wie üblich, mit der Notwendigkeit einer Besserung der agrarischen Struktur Polens begründet. Daß diese Struktur ungesund ist, daß es zweckmäßig ist, der Masse landloser und landarmer Dorfbewohner Zugang zu dem großen Landvorrat zu verschaffen, der sich in der Hand des Großgrundbesitzes befindet, wird nirgends bezweifelt. Eine ganz andere Frage aber ist es, ob es wirtschaftlich richtig ist, die Flächen des Großgrundbesitzes, die parzelliert werden sollen, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Verfassung der betreffenden Güter von Staats wegen zu bestimmen. Diese Frage muß unbedingt verneint werden. Das Ziel einer richtig verstandenen und wirtschaftlich zu rechtfertigenden Agrarreform muß es sein, die Betriebe, die den wirtschaftlichen Bedingungen nicht entsprechen, auszuhalten. Die Parzellierungsaktion muß sich also auf die notleidenden landwirtschaftlichen Großbetriebe beschränken, die nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu erhalten. Derartige Betriebe sind in Polen in großer Anzahl vorhanden. Es gibt zahlreiche Betriebe, die bereit sind, ihren unrentablen Besitz zur Parzellierung freizugeben oder einen Teil ihres Besitzes zu parzellieren, um auf diese Weise ihren Restbetrieb zu parzellieren. Das freiwillige Landangebot ist in Polen erheblich. Auch die Nachfrage nach Land ist sehr groß. Aber nur in den seltensten Fällen verfügen die, die sich eine kleine Bauernwirtschaft erwerben wollen, über die hierzu notwendigen Mittel. Die Hilfe des Staates bei der Agrarreform hätte sich, soweit die Parzellierung in Frage kommt, in der Hauptsache darauf zu beschränken, diesen landlustigen Elementen, falls sie als zur Siedlung geeignet befunden werden, die zur Gründung einer bäuerlichen Existenz oder zur Vergrößerung ihres lebensfähigen

Kleinbetriebes erforderlichen Mittel zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Nicht aber kann es die Aufgabe des Staates sein, von sich aus zu bestimmen, welche Flächen aufgeteilt werden sollen. Denn erfahrungsgemäß werden bei einem solchen Verfahren wirtschaftlich durchaus gesunde Betriebe zwangsweise aufgeteilt, während andere, notleidende Betriebe, deren Aufteilung im Privat wie im volkswirtschaftlichen Interesse läge, von der Parzellierung ausgeschlossen bleiben. Daß die landwirtschaftliche Struktur Polens nicht dadurch gebessert werden kann, daß gesunde Betriebe in ihrer wirtschaftlichen Funktion beeinträchtigt werden, notleidende aber erhalten bleiben, liegt auf der Hand. Dazu kommt noch, daß die ständige Gefahr der Zwangsparzellierung die Besitzer in ihrer rationellen Betriebsführung hindert, sie dazu veranlaßt, auf Investitionen und Neuerungen zu verzichten, die sie andernfalls durchführen würden, also auf eine Fortentwicklung ihrer Betriebe zu verzichten, die ihnen selbst von Nutzen sein, aber auch der Volkswirtschaft zugute kommen würde.

Schließlich ist zu der wirtschaftlichen Begründung, die zu der Parzellierung des Großgrundbesitzes in Polen gegeben wird, noch folgendes zu bemerken: Selbst wenn der gesamte Großgrundbesitz aufgeteilt werden würde, würde sich die ungesunde Struktur der polnischen Landwirtschaft, die Uebersättigung des polnischen Dorfes, kaum wesentlich bessern. „Bis jetzt“, schreibt der konservative „Czas“ in einem Artikel, in dem er sich mit der Frage der Zwangsparzellierung kritisch auseinandersetzt, „sind etwa 60 v. H. des bestehenden Landvorrates, das heißt des größeren Besitzes, der dem Agrarreformgesetz unterliegt, aufgeteilt worden. Hat sich aber unsere Agrarstruktur durch diese immerhin gemaltige Landenteignung gebessert? Dadurch nicht! Die fortschreitende Zerschückelung der Bauernwirtschaften (in Kongreßpolen und Galizien) hat unsere Agrarstruktur mehr verschlechtert, als sie durch die Parzellierung gebessert werden konnte... Die Parzellierung des noch vorhandenen Landvorrates wird sicherlich nicht ausreichen, um alle Zwergwirtschaften zu vereinfachen und Wirtschaften für die reich anwachsende Landbevölkerung zu schaffen... Der geringe Vorrat zwingt uns, sehr vorsichtig mit dem Lande umzugehen. Jeder Fehler kann nicht wieder gutzumachende Verluste bringen.“ Es dürfte kaum möglich sein, eine wirtschaftliche Rechtfertigung der Zwangsparzellierung zu finden. Diese Methode der Agrarreform hat ausschließlich politische Motive.

## Um die Freilassung der Memeldeutschen

Wie erinnerlich, wurden im Kauener Kriegsverichtsprozeß am 26. März v. J. von den 122 angeklagten Memelländern 87, davon 4 zum Tode, verurteilt. Der litauische Staatspräsident hatte damals von sich aus die Todesstrafen in lebenslängliche Kuchthausstrafen umgewandelt. Dilem „Gnadennati“ lag ganz unverkennbar der Wunsch zugrunde, die zertörten Bräutigam den deutschen Nachbarn nicht durch das Blut unschuldig verurteilter deutscher Menschen vollends zum Einfluß zu bringen. Die litauische Regierung ließ damals erkennen, daß sie sich einem Gnadengesuch der verurteilten Memelländer gegenüber nicht ablehnend verhalten würde. Aber die Beurteilten lehnten es ab, von ihren litauischen Helfern die Freiheit, auf die sie ein Recht hatten, als Gnade entgegenzunehmen. Für vier der Beurteilten wandte sich das Kriegsgericht von sich aus mit Gnadengesuchen an den Staatspräsidenten; den Gesuchen wurde stattgegeben. Sieben weitere Beurteilte hatten ein Jahr Zuchthaus unter Umrechnung der Untersuchungshaft erhalten; ihre Strafezeit ist inzwischen abgelaufen. Ein Beurteilter, der Lehrer Schirrmann, der vier Jahre Zuchthaus erhalten hatte, obwohl kein Name im Laufe des ganzen Prozesses nicht ein einziges Mal,

weder vom Staatsanwalt, noch vom Gericht, noch von den Zeugen erwähnt worden war, ist an den Mißhandlungen, denen er trotz seines schmerzlichen Leidens während der Haft ausgesetzt war, im Gefängnis gestorben. Zwei andere Beurteilte, Schneiderreit (2½ Jahre Zuchthaus) und Dommasch (6 Jahre Zuchthaus) wurden daraufhin wegen schwerer Krankheiten, die sie sich im Gefängnis zugezogen hatten, auf besondere Beluche hin auf freien Fuß gesetzt. Demnach befanden sich zu Beginn d. J. von den 87 Beurteilten noch 73 im Zuchthaus.

Die grundsätzliche Einstellung der verurteilten Memelländer, daß ihnen, den Opfern eines politischen Fehlurteils, die Freiheit durch freisprechendes Urteil und nicht durch Gnadennat zustehen, hatte sich inzwischen nicht geändert. Wenn sich die Beurteilten zu Beginn d. J. trotzdem dazu entschlossen haben, ein Gnadengesuch einzureichen, so haben sie das in der Erwartung getan, auf diese Weise eines der Hindernisse, die einer Vereinigung des deutsch-litauischen Verhältnisses entgegenstehen, aus dem Wege räumen zu können. Denn einerseits steht fest, daß von Seiten Deutschlands als eine der unerlässlichen Voraussetzungen einer solchen Vereinigung die Freilassung der verurteilten Memelländer verlangt werden muß; und andererseits ist, wie erwähnt, von litauischer Seite bereits im vergangenen Jahre

zu erkennen gegeben worden, daß man auf die Einreichung von Gnadengesuchen besonderen Wert lege, um sich „mit Anstand“ aus der peinlichen Affäre zu ziehen. Die Verurteilten haben, indem sie aus Anlaß des bevorstehenden Jahrestages der litauischen Unabhängigkeit ein Gnadengesuch eingereicht haben, also einem Wunsche der litauischen Regierung entsprochen und im Interesse einer Bereinigung der Verhältnisse im Memellande gehandelt. Sie haben der litauischen Regierung die Chance gegeben, den Kriegsverfahrensverfahren in einer Weise zu liquidieren, die für diese keinen allzu sichtbaren Prestigeverlust bedeutet.

Um so erstaunlicher ist es, daß die Gesuche, entgegen den früheren Erklärungen des litauischen Staatspräsidenten, bisher noch nicht berücksichtigt worden sind. Nur drei der verurteilten Memelländer wurde bisher die Strafe erlassen. Es handelt sich dabei um den Büroangestellten Mikstai, den Lehrer Gawein und den kaufmännischen Angestellten Meher. Diese drei waren zu je 4 Jahren Zuchthaus, Meher außerdem zur Beschlagnahme seines Vermögens verurteilt worden. (Gawein ist mit einer Litauerin aus Kauon verlobt.) Zeitungsmeldungen zufolge sollen auch die Gesuche von drei weiteren Verurteilten be-

rücksichtigt worden sein; es soll sich dabei um den früheren Schulreferenten des Direktoriums Kurmies, den Förster Wangehr und den Schmerzkrankenbeschäftigten Hoyer handeln. Wangehr und ein anderer Verurteilter, Preitshas, hatten bereits im August v. J. mit Rücksicht auf ihre durch die Gefängnisshaft verübelte Gesundheit um Straferlass gebeten, waren aber abfänglich beschieden worden. Es ist also festzustellen, daß die litauische Regierung jetzt, wo die Gnadengesuche, die sie selber gewünscht hat, eingereicht worden sind, offenbar nicht daran denkt, diesen Gesuchen zu entsprechen. Es hat vielmehr den Anschein, als ob sie die Freilassung der unschuldig Verurteilten als Kompensationsobjekt bei den zu erwartenden Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland benutzen wolle. Sollte das zutreffen, so müßte die litauische Regierung darauf hingewiesen werden, daß sie hier von völlig falschen Voraussetzungen ausginge. Die Freilassung der Verurteilten ist, wie die Bereinigung der Verhältnisse im Memelgebiet überhaupt, nicht ein Austauschobjekt, sondern eine Vorbedingung für die Wirtschaftsverhandlungen mit dem Deutschen Reich. Das dürfte in den wiederholten amtlichen Erklärungen von deutscher Seite mit hinreichender Klarheit zum Ausdruck gebracht worden sein.

## Das Memelland — kein urlitauisches Gebiet

Das Memelgebiet wurde durch die Konvention vom 18. Mai 1924 zwischen England, Frankreich, Italien, Japan einerseits und Litauen andererseits Litauen zugesprochen. Die Litauer begründeten ihren Anspruch auf das Memelland damit, daß dieses „urlitauisches Gebiet“ sei und „zur Urheimat der Litauer gehöre“. Um dazu Stellung nehmen zu können, wollen wir die Geschichte reben lassen.

Das heutige Memelgebiet gehörte zum Nordostteil des Schaulauer Landes, dem nordöstlichsten Teil des vom altpreussischen Gesamtvolk bewohnten Landes. Die Altpreußen waren ein Teil der baltischen Völkerfamilie, zu der auch die Litauer, Kuren, Letten und Lettgallen gehören. Die letzten Schwachen Reste der Stammespreußen gingen im 17. Jahrhundert völlig im Deutschstum auf.

In diesem Schaulauer-Gebiet gründeten 1256 die Ritter des Deutschen Schwertbrüderordens aus Riga als erste deutsche Stadt auf später ostpreussischem Boden die Stadt Memel; sie wurde hauptsächlich von Dortmundur Bürgern besetzt. Der erste deutsche Vorstoß in dieses Land kam also von Norden, und erst 50 Jahre später drangen die Ritter des Deutschen Ordens von Westen her vor. Die Stammespreußen lagen ebenso wie die deutschen Ordensritter immer mit den Litauern im Kampf, um deren Westdrang aufzuhalten. Schon vor der Ankunft des Deutschen Ordens hatten sich die Schaulauer in den Kämpfen mit den Litauern größtenteils verblutet, so daß der Deutsche Orden kaum noch bewohntes Land vorfand. Dieses menschenarme Land zog sich an der Ostgrenze Ostpreußens weit bis nach Litauen hinein. Erst östlich der mittleren Memel, der Dubissa und des Westabfalles von Hochschamaiten begann das damals gelitauische Siedlungsgebiet. Dieser Grenzraum, die „Wildnis“, war außerordentlich breit und unweglam; es bestand natürlich keine feste Grenzlinie im heutigen Sinne. Die Wildnis wurde jedoch nicht vom Orden geschaffen, wie oft gesagt wird, sondern sie bestand schon vor der Ankunft des Ordens, und ihr Vorhandensein wurde als Grenzschutz gegen die immerwährenden Einfälle der Litauer benutzt: kamen doch die Litauer sengend und brennend oft genug bis in die Gegend von Christburg.

Auch die schon erwähnten damaligen Siedlungsräume der Litauer waren nicht deren Urheimat. Die Litauer saßen nach Ausweis der Sprachforschung vorher vor allem im Dnjepr-Quellgebiet und kamen erst in verhältnismäßig später Zeit, um das Jahr 1000, in die gegenwärtigen Gebiete östlich der Wildnis. Diese Forschungs-

ergebnisse flammen in erster Linie mit dem litauischen Professor Buga von der Universität Kaun.

Schon um die Zeit der Ankunft des Deutschen Ordens waren den Litauern diese Siedlungsgebiete infolge ihrer Bevölkerungszunahme zu eng; sie drängten nach Westen vor. Hier stießen sie dann später mit dem Deutschen Orden zusammen. Die Litauer saßen niemals am Meer; sondern zwischen ihrem Siedlungsraum und der Ostsee lagen die von Kuren bewohnten Landstrassen Cechis und Piltaten. Erst im 14. Jahrhundert brachen die Litauer in der Gegend des heutigen Valogen zur Küste durch. Als der Deutsche Orden im Jahre 1410 in der Schlacht von Tannenberg von den vereinigten Polen, Litauern und Tataren geschlagen worden war und mit dem litauischen Großfürsten Witold den Litauer Bitautas nennen, der Frieden von Melnosee 1422 geschlossen war, entstand die Grenze zwischen dem Deutschen Ordensstaat und dem litauischen Hoheitsbereich, wie sie mit geringen Abweichungen bis 1919 bestand. Obwohl Witold dem Orden siegreich gegenüberstand, erkannte er 1422 diese Grenze zu Recht bestehend an, weil er mußte, daß jenseits davon, also im heutigen Memelland, kein litauisches Volkstum vorhanden war, sondern nur Deutsche und Stammespreußen saßen. Und heute haben die Litauer es fertig bekommen, diesem selben Witold ein Denkmal zu errichten, weil er angeblich um das Memelland als um ein „urlitauisches Siedlungsgebiet“ kämpfte mit den Deutschen gekämpft habe. Es gibt keinen besseren und unverdächtigeren Zeugen gegen die Verbreitungsverleugere der heutigen Litauer als diesen Fürsten, der auf der Höhe der Macht einem geschlagenen Orden gegenüber keinen Anspruch auf das Land an der unteren Ostsee erhob.

Die neue, durch den Vertrag von Melnosee 1422 festgelegte Grenze teilte die Wildnis in zwei fast gleiche Teile. Die politische Aufteilung der Wildnis gab den Litauern alles Land bis zu dieser Grenze als Neulandungsraum frei. Ja, die Litauer drängten als Siedler noch über diese Grenze nach Westen ins Deutschordenland vor, da der Orden seinen Anteil an der Wildnis nicht voll auszunutzen vermochte, nachdem der Bevölkerungszunahme aus dem deutschen Mutterland aufgehört hatte. Die ins Ordensland kommenden Litauer bauten beim Orden bzw. später bei den Herzögen um Aufnahme, die ihnen gern gewährt wurde. Die litauischen Neulandier zahlten den geforderten Landzins, bekamen Land zugewiesen und verpflichteten sich, dem Ordensstaat treue und fleißige Untertanen zu sein. Die Einweilung in einen neuen Staatsverband war diesen Litauern wohl benutzt; die Anerkennung des neuen Staatsobershauptes war die erste

und grundlegende Bedingung ihrer Zulassung. Die Litauer fühlten sich wohl in Preußen und schätzten häufig Sendboten nach Litauen, die ihre dort zurückgeliebenen Volksgenossen zu weiterer Radwanderung aufforderten. Sie wurden hier zuwar ergrünte- und schmerzpflichtige Bauern, blieben im übrigen aber freie Leute, „Bojaren“. In Litauen dagegen war der Bauer ein unfreier, teilhabiger Mann, besonders nachdem 1569 mit der Lubliner Union Litauen in Realunion mit Polen verbunden worden war. Um 1540 war schon ein beträchtlicher Teil des Ordenslandes längs der litauisch-preussischen Grenze mit Litauern besetzt; es waren nach den damaligen, nach heute vorhandenen Zinsregistern etwa 5000 Bauernfamilien mit 30 000 bis 35 000 Seelen.

Um 1500 traten die ersten litauischen Personennamen in den Zinsregistern auf; auch die Orts- und Flurnamen wurden um diese Zeit langsam verlitauert. 1538 wurde z. B. der südwestlich von Tilsit aus dem Schöllinger See kommende Fluß als „Bachfluß“ erwähnt; 1552 war er schon zu „Schaluppe“ (= Teerfluß) geworden. Aus dem Ortsnamen „Venken“ wurde „Venkeningen“, aus „Trappen“ „Trappening“ u. s. f. Um 1700 fand der litauische Buchvormarsch sein Ende; hier und da war das Litauertum schon im Rückzug begriffen. Die Gründe hierfür sind noch nicht in allen Fällen geklärt. Einmal hatte Litauen keine überflüssige Bevölkerung mehr, zum andern wütete damals in Litauen wie auch in Preußen die Pest. Wurden doch in den Befahren 1708—1710 im Regierungsbezirk Gumbinnen allein etwa 100 000 Menschen von der Pest dahingerafft! Erst Friedrich Wilhelm I. setzte der Bauernermwanderung endgültig ein Ende, indem er die deutsche Volksgenossen aus allen deutschen Gauen, aus Hessen, aus dem Rheingebiet, der Schweiz, aus Salzburg usw., nach Preußen holte.

Die seit dem 16. Jahrhundert nach Preußen gekommenen Litauer gingen ohne jeden Zwang in ihrer neuen Umgebung auf; sie wurden kulturell ganz vom deutschen Volkstum erfasst. Der Bericht der Sonderkommission der Volkshochschulkonferenz vom 6. März 1923 stellte fest: „Die litauische des Memelgebietes, die früher deutsch-russische Grenze, stellt eine wirtschaftliche Scheidung ohne Hebergang zwischen zwei verschiedenen Zivilisationen dar. Mindestens ein Jahrhundert trennt sie voneinander. Es ist eine richtige Grenze zwischen West und Ost, zwischen Europa und Asien!“ In der Erklärung des seinerzeitigen litauischen

Reichstagskandidaten Jurgis Stredes-Ingulis bei der Reichstagswahl 1911 hieß es: „Wir Litauer sind Glieder unseres großen deutschen Vaterlandes; wir Litauer haben wie die Deutschen auf den Schlachtfeldern Österreichs und Frankreichs gebüht. Wir lassen uns in unserer Liebe zu Kaiser und Reich von niemandem übertreffen. Sind die Worte aus einem litauischen Munde gefallen, die dem widerprechen, so rühten sie von unreifen Schwärmern her, mit denen die litauische Partei nichts zu schaffen hat.“

Leider war es aber zum großen Teil die deutsche Wissenschaft des 19. Jahrhunderts, die den Großlitauen Gelegenheit und Veranlassung bot, später in Verfallenes mit ihren Ansprüchen auf das Memelland und den Regierungsbezirk Gumbinnen hervorzu treten. Deutsche Wissenschaftler hatten bei der Erforschung der ostpreussischen Ortsnamen die Feststellung gemacht, daß ungefähr die Linie Großes Moosbruch—Rorfiten (am Prege)—Galdap eine Scheide zwischen den preussisch-deutschen und den litauischen Ortsnamen sei. Westlich der Linie finden sich Ortsnamenbildungen, aus denen aus litauisch kemas (= Dorf), westlich dieser Linie die Ortsnamen mit kemas aus altpreussisch kemas (= Dorf); also im Sandom z. B. Kalkheim, Kalkheim usw., im Regierungsbezirk Gumbinnen z. B. Darfheim, Kaufheim usw. Westlich dieser Linie heißen die Berge „talmas“, (z. B. Pilsfallter), westlich dagegen „garbis“ (z. B. Gailgarben); östlich dieser Linie die Flüsse „-up“, westlich „-ape“ (z. B. Schaluppe, bzw. Serappen). So glaubte man damals durch Feststellen dieser Linie die Westgrenze der ur-litauischen Heimat gefunden zu haben. Man vertiefte sich allein auf die philologische Namensklärung. Wäre man nur einmal in ein Archiv gegangen, so hätte man attemmäßig schnell und sicher feststellen können, von wann an diese litauischen Namen im Memelland und im Regierungsbezirk Gumbinnen auftauchten. Diese Namen sind alle sehr jung und gehen nicht über das 16. Jahrhundert zurück; sie sind alle in der Zeit von rund 1500 bis 1700, der Zeit der litauischen Einwanderung nach Ostpreußen, entstanden. Diese Gebiete sind niemals ur-litauischer Besitz gewesen; das haben z. B. der litauische Gelehrte Professor Buga oder der lettische Forscher Professor Endgelen neben zahlreichen deutschen Gelehrten in jüngerer Zeit festgestellt.

Dr. Heinrich Harmjan.

## Das Ergebnis der Kreislagswahlen im Memelgebiet

Am 24. Februar fanden in den drei Landkreisen des Memelgebietes Kreislagswahlen statt. Wie das bei solchen Wahlen fast immer der Fall ist, war das Interesse der Bevölkerung an diesen Wahlen verhältnismäßig gering; da im allgemeinen eine weitgehende Unkenntnis über die Rechte und Aufgaben der Kreislage besteht. Die Wahlbeteiligung betrug 65 bis 75 v. H. Sie blieb also hinter der Beteiligung an den letzten Landtagswahlen um etwa 20 bis 30 v. H. zurück, war aber doch erheblich höher als bei den Kreislagswahlen früherer Jahre.

Die Beurteilung des Wahlergebnisses wird durch die Vielzahl der aufgestellten Listen erschwert. Die auch für den Fernstehenden durchaus eindeutige nationale Scheidung der Listen, die bei den rein politischen Landtagswahlen gegeben war, fehlt bei den Kreislagswahlen, zu denen mitunter auch Listen aufgestellt werden, deren Kandidaten mehr lokale Sonderinteressen verfolgen. Im Kreise Memel hat es 6, im Kreise Pögegen 9 und im Kreise Hendenburg gar 27 Listen gegeben. (Von diesen 27 Listen haben 5 Listen weniger als 100, 11 Listen weniger als 200, 15 Listen weniger als 300, 17 Listen weniger als 400 und 24 Listen weniger als 500 Stimmen auf sich vereint. Zur Erlangung eines Mandates sind rund 12 000 : 21 = 570 Stimmen notwendig gewesen. Ohne Listenverbindung hätten hier also überhaupt nur drei Listen Kreislagsmandate erhalten.)

Auf Grund der Wahlen vom 14. März 1933 (Memel-Land) bzw. vom 2. Juni 1931 (Hendenburg und Pögegen) setzten sich die Kreislagstage wie folgt zusammen:

Memel-Land	15 Deutsche und 5 Litauer
Hendenburg	16 Deutsche und 3 Litauer
Pögegen	15 Deutsche und 6 Litauer

Die Wahlen vom 24. Februar 1936 haben dagegen folgende Zusammenhänge der Kreislagstage ergeben:

Memel-Land	14 Deutsche und 6 Litauer
Hendenburg	17 Deutsche und 4 Litauer
Pögegen	17 Deutsche und 4 Litauer

Die Deutschen haben in den drei Kreislagtagen insgesamt 48 Sitze, die Litauer 14 Sitze erhalten (in den 1931 bzw. 1933 gewählten Kreislagtagen hatten sie 46 bzw. 16 Sitze). Die Deutschen haben gegenüber 1931/33 zwei Sitze gewonnen. Die Kreislagstage sind deshalb besonders bemerkenswert, weil sie das Ergebnis der Landtagswahlen vom Herbst v. J. voll auf bestätigen. Die litauische Propaganda hatte damals behauptet, daß das Ergebnis der Landtagswahlen durch einen scharfen moralischen Druck von reichsdeutscher Seite durch die deutsche Presse und Rundfunkpropaganda stark beeinflusst worden sei. Jetzt, bei der Kreislagswahlen, daß eine der größte skandalisierende Schwäger nicht behaupten, daß eine moralische Beeinflussung von reichsdeutscher Seite vorliegen hat. Die reichsdeutsche Öffentlichkeit war kaum von der Tatsache, daß überhaupt Wahlen stattgefunden haben, unterrichtet. Und trotzdem dieses Ergebnis! Das Gerüchte vom „deutschen Terror“ hat sich als eine der schändlichsten skandalisierenden Lügen erwiesen. Die Memelländer wissen auch ohnedies, daß die Deutsche sind und wie sie zu wählen haben.

# Die Frage des Durchgangsverkehrs

Am 20. Februar äußerte sich der polnische Verkehrsminister Ilrzych zur Frage des deutschen Durchgangsverkehrs durch den Korridor. Er verwies zunächst auf den allgemeinen Rückgang der Einnahmen der polnischen Staatsbahn. Dieser Rückgang habe dazu geführt, daß die Staatsbahn auf ihre Forderung gegenüber der Deutschen Reichsbahn zurückgreifen mußte. Die seitens der Reichsbahn der polnischen Staatsbahn aus dem Durchgangsverkehr geschuldeten Beträge seien der Deutschen Reichsbahn übermiesig und dort der polnischen Staatsbahn zur Verfügung gestellt worden, ohne daß jedoch die Möglichkeit bestehe, sie zu transferieren, so daß sie praktisch nicht in den Besitz der polnischen Staatsbahn gelangen. Im Betriebskapital der Staatsbahn mache sich das Fehlen dieser Beträge empfindlich bemerkbar. Die Verschuldung der Reichsbahn aus dem Durchgangsverkehr habe Ende November u. J. 67 Millionen Loty erreicht, eine Summe, deren Fehlen die Zahlungsfähigkeit der Staatsbahn stark beeinträchtigt. Diese habe sich vor einem weiteren raschen Anwachsen der Summe durch die am 7. Februar verfügte Einschränkung des Durchgangsverkehrs zu schützen versucht. Gleichzeitig seien mit der Reichsregierung Verhandlungen über eine Regelung dieser Angelegenheit eingeleitet worden. Gegenwärtig sei die polnische Regierung im Besitz eines deutschen Vorschlages, der die Hoffnung rechtfertige, daß nicht nur die Rückstände geregelt, sondern auch die Interessen der polnischen Staatsbahn für die Zukunft gesichert würden. Auf alle Fälle könne

man überzeugt sein, daß die Reichsregierung Mittel und Wege finden werde, um die hier bestehenden Schwierigkeiten endgültig aus dem Wege zu räumen. Vorläufig aber sei die paradoxe Lage entstanden, daß die polnische Staatsbahn, der die Reichsbahn so große Beträge schulde, selber gezwungen sei, ihre eigenen Unschulden durch kurzfristige und mit bedeutenden Kosten verbundene Anleihen auf dem polnischen Markt zu vergrößern.

Aus dieser Erklärung des Verkehrsministers geht hervor, daß auf Seiten der polnischen Regierung die begrüßenswerte Absicht besteht, den Streit um die Transferierung der eingestorenen Forderungen aus dem Durchgangsverkehr nicht zu einer die deutsch-polnischen Beziehungen beeinträchtigenden Angelegenheit aufzubauhen. Es ist übrigens interessant, daß die amtliche „Gazeta Polska“ am 20. Februar in einem Leitartikel daran erinnert, daß die Sowjetunion Polen einen Betrag von rund 150 Mill. Loty schuldet. Dabei handelt es sich um eine Zahlungsverpflichtung aus dem Rigaer Friedensvertrag, die bereits seit beinahe 14 Jahren überfällig ist. Die Moskauer Regierung hat sich bisher stets damit entschuldigt, daß die schwierige finanzielle Lage der Sowjetunion eine Bezahlung dieser Schuld nicht erlaube. Nun haben aber in letzter Zeit verschiedene Würdenträger des Moskauer Regimes voller Stolz die weitgehende Beherung der wirtschaftlichen Lage des Staates und seiner Finanzen verkündet. Demgemäß hält die „Gazeta Polska“ die Zeit für gekommen, daß die polnische Regierung ganz energisch zum mindesten die Bezahlung der 30 Mill. Goldrubel verlange, die Moskau in bars zu zahlen verpflichtet ist.

## Endelen und Kommunisten — staatsfeindliche Parteien

Der polnische Innenminister Raczkiewicz setzte sich am 24. Februar im Sejm in längerer Rede mit den staatsfeindlichen Parteien in Polen, den Kommunisten und den Nationaldemokraten, auseinander. An sich enthielt seine Rede wenig Neues. Doch ist es bemerktenswert, daß diese klare Stellungnahme einmal von dieser autoritären Seite erfolgte. Ueber die Kommunisten führte Raczkiewicz u. a. aus: Die kommunistischen Gruppen, die in Polen geschwindig bestehen, seien in ihrer Arbeit an die Richtlinien der Dritten Internationale gebunden. Ihr Bestreben sei es, dem polnischen Volke eine soziale Revolution aufzuzwingen. Das solle auf dem Wege einer Diktatur des Proletariats geschehen. Polen habe jedoch der Wählbarkeit der Kommunisten immer widerstandsfähig gegenüberstanden. Das polnische Dorf habe vom Einfluß der Kommunisten beinahe völlig frei gehalten werden können. Und auch in den wichtigsten Arbeiterzentren habe der Kommunismus niemals richtig Wurzel zu fassen vermocht. Die Tradition der Unabhängigkeitskämpfe und die Teilnahme der besten und opferwilligsten Führer der polnischen Arbeiterschaft an diesen Kämpfen hätten einen mächtigen Damm gegen die Entwicklung des Kommunismus in Polen gebildet. Es sei eine glatte Erfindung, daß der fünfte Teil der organisierten Arbeiterschaft in Polen unter dem Einfluß kommunistischer Ideen stände. In der Hauptsache seien es nicht polnische Elemente, die den geheimen kommunistischen Organisationen angehörten. (Gemeint sind hier vor allem die Juden.) Auf Befehl der Dritten Internationale seien die Kommunisten bemüht, eine Einheitsfront der Linksparteien, einschließlich der radikalen Bauernparteien und der linksgerichteten Gruppen der nationalen Minderheiten, zu bilden. In der letzten Zeit seien einige aktive Mitglieder der kommunistischen Gruppen in soziale Organisationen eingetreten, um dort ihre destruktive Arbeit zu leisten. Diese Gefahr bestehe noch immer, und man müsse sie zu beseitigen trachten. Die kommunistische Partei werde in Polen auch weiterhin eine illegale, von der Regierung mit aller Energie bekämpfte Organisation bleiben.

Raczkiewicz kam darauf an, die Nationaldemokratische Partei zu sprechen. Er wies darauf hin, daß diese Partei weder in bezug auf die Armee, noch hinsichtlich der Polonisierung des Handels oder der Förderung des Grenz- und Zustandspolen-tums positive Leistungen aufweisen konnte. Diese Partei habe vielmehr den Schöpfer des polnischen Heeres leidenschaftlich bekämpft, sie lehne die von Willkür geschaffene Organisation der militärischen Vorbereitung der Jugend ausdrücklich ab, für die Genossenschaftsbewegung habe sie kein Interesse, und zum Weltbund der Polen stehe sie in scharfer Opposition. Dagegen nehme die Zahl der Fälle des Massenaufruchs, dessen physische oder moralische Urheber Mitglieder dieser Partei oder ihrer illegalen Anbauten seien, von Tag zu Tag zu. Die Nationaldemokratische Partei anarchoisiere mit Bewußtsein das öffentliche Leben durch eine mit dem Strafgesetzbuch im Widerspruch stehende Aufhebung der polnischen Bevölkerung gegen die nationalen Minderheiten, insbesondere gegen die Juden. Noch vor kurzem habe man mehrere können, daß sich diese geschehridrige Tätigkeit allein auf das Nationalradikale Lager, in dem sich die jungen Kräfte der Partei zusammengeschlossen haben, beschränke. In letzter Zeit aber hätten sich die Bemühe dafür gehäuft, daß sich der Unterschied zwischen den Methoden, die von dem illegalen Nationaldemokratischen Lager angewendet werden, und den Methoden der Nationaldemokratischen Partei zunehmend vermehre. Der wirkliche Zweck dieser Partei, fuhr der Minister fort, sei der Kampf mit jeder Regierung, die nicht eine Regierung dieser Partei sei. Raczkiewicz wandte sich scharf gegen die verkommenberische Propaganda der Nationaldemokratie, die darauf abgestellt sei, die Autorität der Staatsregierung zu untergraben. Wer im Namen angeblicher Interessen der Nation dem Staate schade, der muß die Rücksichtslosigkeit des Gesetzes und der Staatsgewalt zu fühlen bekommen. Der polnische Selbsterhaltungstrieb schreibt uns in dieser Hinsicht die größte Rücksichtslosigkeit vor.

# Noch einmal: Copernicus

Eine der polnischen Organisationen in den Vereinigten Staaten veranstaltete im vorletzten Jahre eine Rundfrage an die in Amerika lebenden Polen, wenn sie für den bedeutendsten Polen halten. Das Ergebnis war verblüffend: Die meisten Polen, die sich an der Beantwortung der Frage beteiligt hatten, hatten den deutschen Astronomen Copernicus als den „bedeutendsten Polen“ bezeichnet. Es ist für das Volk, dem Copernicus angehört, gewiß außerordentlich schmeichelhaft, wenn die Polen unter ihren Landesleuten seinen wissen, der an diesen deutschen Forscher heranreicht; aber diese Methode, sich Angehörige fremden Volkstums auszuwählen, um mit ihnen die Ruhmeshalle der eigenen Nation auszufüllern, wirkt doch ein recht bedenkliches Licht auf die Geschichte der polnischen Kultur. Die historische Forschung hat nachgewiesen, daß Nikolaus Copernicus sowohl rein deutscher Abstammung war, als auch sich selbst immer als Deutscher gefühlt und bezeichnet hat. In Erwiderung eines im „Dziennik Poznański“ am 8. Januar erschienenen Artikels hat Dr. Kurt Büchel noch einmal die feststehenden Tatsachen über Copernicus zusammengefaßt:

Ein Vorfahre des Copernicus wanderte aus dem nacheinander von Deutschen besiedelten und immer von ihnen bewohnten schlesischen Dorf Koppernig bei Reiche nach dem damals deutschen Krausau aus, von wo des Astronomen Vater „Niklas“ um die Mitte des 15. Jahrhunderts nach dem damals noch zuneunzehn Jahren deutschen Thorn weiterzog. Er heiratete dort die Patrizierin Barbara Wapeltrode und war 19 Jahre hindurch Schöpfer der Altstadt Thorn, ein Amt, das damals nur ein Deutscher bekleiden konnte. Sein Sohn Nicolaus, unser Astronom, schrieb sich als Student in Bologna in die Landsmannschaft der Deutschen ein, die als Vorbedingung für die Aufnahme die deutsche Muttersprache fordernte, nicht in die dort ebenfalls bestehende polnische. Nachher blieb er, der sich häufig nach deutscher Art mit „p“ unterzeichnete und keine polnische Zeile hinterlassen hat, als Domherr in dem deutschen Domkapitel in

Frauenburg im Ermland bis zu seinem Tode (1543). In einem seiner jetzt in Upsala befindlichen Bücher medizinischen Inhalts hat er sich für seinen Privatgebrauch zahlreiche Notizen gemacht: in deutscher Sprache!

Die letzte polnische Forschung im strengen Sinne dieses Wortes stellt keine Behauptung über das Polentum des Astronomen mehr auf. L. A. Birkenmajer sagt nur, daß Copernicus „sein ganzes Leben hindurch wie ein rechtschaffener Sohn Polens gefühlt, gedacht und gehandelt habe“ und daß er ein Feind des Deutschen Ordens gewesen sei. Dies belegt jedoch zur Volkszugehörigkeit nichts, denn es hat im damaligen Polen Tausende von Reußen, Deutschen und anderen Nichtpolen gegeben, die alle „rechtschaffene Söhne Polens“ waren. Wenn Copernicus sich ab und zu in seinen Briefen ungünstig über den Orden geäußert hat, so ist das nur eine Frage seiner politischen, nicht aber seiner völkischen Anschauung. Es gab betänlich ganze deutsche Städte, die aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen dem Orden nicht wohlwollten.

Es hat ja schon früher polnische Historiker gegeben, die sich auf den Standpunkt zurückgezogen haben, die Frage der Volkszugehörigkeit des Copernicus sei überhaupt nicht zu beantworten. (So z. B. T. Karzon, „Historia Polski“, Kiew 1918, S. 72.) In den letzten großen polnischen Arbeiten über Copernicus, an denen Birkenmajer maßgeblich mitgearbeitet hat, finden wir überhaupt keine rechten polnischen Ansprüche auf den großen Gelehrten. (Mikolaj Kopernik. Lwowski Kom. Obchoda 450. Rocznicy Urodzin M. Kopernika. Lemberg 1924.) Dagegen ist es in den Kreisen der deutschen Wissenschaft allgemein aufgefallen, daß in der dort gebrachten Copernicus-Bibliographie die wichtige deutsche Arbeit geflissentlich totgeschwiegen worden ist, nämlich G. Bender, „Heimat und Volkstum der Familie Copernigk (Copernicus)“, Breslau 1920, deren Beweisführung uns unüberlegbar erscheint. ... Der Streit um Copernicus ist eigentlich unnötig. Die deutsche Wissenschaft steht auf dem vorurteilslosen Standpunkt, daß sie ihre alten Beweise nur auszubauen hat.

## Uffland-Chronik

### Kulturelle Mittelpunkte für die slawischen Volksgruppen

Eine reichlich verschommene Mitteilung über das Schulwesen der Ukrainer und Weißrussen in Polen machte am 21. Februar der polnische Unterrichtsminister Swietoslowski im Sejm. Die Regierung, sagte er, werde vor allem für das ukrainische und das weißrussische Schulwesen in Polen „feste Grundlagen“ schaffen. In Lemberg und Warschau sollen in beschleunigtem Tempo „kulturelle Mittelpunkte“ für die slawischen Minderheiten entstehen. Dies werde in dem Maße möglich sein, in dem das nichtpolnische Lehrpersonal sich auf dem Boden des polnischen Staatsgedankens stelle. In den Gebieten mit gemischter Bevölkerung werde sich zugleich mit dem polnischen auch das kulturelle Leben der anderen Nationalitäten entwickeln. Der lokale Staatsbürger werde sich immer des Schutzes der Regierung erfreuen, unabhängig davon, welche Sprache er als seine Muttersprache ansehe.

Es ist begreiflich, daß die fremden Volksgruppen Polens dieser nichtsgedenden, jedes konkreten Inhalts entbehrenden Erklärung Swietoslowskis skeptisch gegenübersehen. Die Ukrainer und Weißrussen werden sich mit Recht die Frage vorlegen, ob die im Laufe der Jahre erfolgliche Auflösung von einigen tausend ukrainischen und weißrussischen Schulen etwa ein Aufstakt zu der jetzt angekündigten Schaffung kultureller Mittelpunkte in Lemberg und Warschau gewesen sein soll. Webrigens: Um in Lemberg einen Mittelpunkt ihres kulturellen Lebens zu schaffen, haben es die Ukrainer wahrhaftig nicht nötig, sich von den Polen helfen zu lassen. Es reicht ihnen vollkommen aus, wenn die Polen endlich darauf verzichten, sie andauernd an der Entfaltung ihrer

kulturellen Kräfte zu hindern. Es ist bezeichnend, daß Swietoslowski es in seiner Erklärung vor dem Sejm nicht verfaßt hat, die Erfüllung seines Versprechens von der Loyalität der Ukrainer und Weißrussen abhängig zu machen. „Loyalität“ ist ein Wort, das kaum jemals in einer polnischen Äußerung über die fremden Volksgruppen fehlt. Es ist ein Wort, das unweigerlich immer dann hervorgeholt wird, wenn irgend eine gegen die fremden Volksgruppen gerichtete Aktion begründet oder irgendein diesen Gruppen gegebenes Versprechen abgemacht werden soll. Es ist ein Wort, das sich bei jeder Gelegenheit anwenden läßt, da man es auf polnischer Seite bisher wohlweislich vermeiden hat, einmal klar und deutlich zu sagen, was man eigentlich darunter versteht. Die fremden Volksgruppen Polens würden es sicherlich lieber sehen, wenn ihnen statt schöner Reden im Warschauer Sejm einmal an Ort und Stelle praktische Beweise einer freundschaftlichen Bemühen vorgelegt würden.

### Neuer Prozeß gegen ukrainische Nationalisten

Die Kette der gegen Angehörige des ukrainischen Volkstums durchgeführten Prozesse reißt in Polen niemals ab. Neben einer Reihe kleinerer Prozesse, die z. B. Schwaben, ist ein Prozeß gegen 23 Ukrainer vor dem Bezirksgericht Lemberg im Gange. Die Angeklagten, die der ukrainischen Nationalistischen Organisation angehört haben, werden beschuldigt, den Gymnasialbesatzungskommissar, den Gymnasialdirektor Babyn in Lemberg und den sowjetrussischen Konsulatsbeamten Majlow in Lemberg ermordet, die Ermordung eines anderen Gymnasialbesatzungskommissars, des Professors Kuzelnicki verurteilt, einen Sprengstoffanschlag auf eine Lemberger Druckerei unter-

Am 17. Februar starb in Berlin der langjährige frühere Vorsitzende des Reichsbundes der Danziger, Ministerialrat im Reichsjugendministerium Dr. Markull. Der Verstorbenen hat sich durch die tatkräftige Vertretung der Interessen seiner Vaterstadt Danzig im Reich verdient erworben, die auch der Senat der Freien Stadt in einem ehrenreichen Nachruf anerkannt hat. Senator Dr. Markull im Reichsjugendministerium berufen wurde, war er lange Zeit Zweiter Bürgermeister der Stadt Schneidemühl.

Die Leiter des Bundes Deutscher Polen und des Bundes Heimattreuer Ost- und Westpreußen haben dem Verstorbenen folgenden Nachruf gewidmet:

nommen und ein Altentataufden wohnhynischen Woljowenden Zwazewill geplant zu haben. In diesen Prozeß sind auch einige der schon aus dem Bierackprozeß bekannten ukrainischen Nationalisten verwickelt.

### „Eine schöne Legende“

Revisionspropaganda in Form einer frommen Legende betreibt der regierungstreue „Dzien Pomorski“ in Thorn, der in seiner Ausgabe vom 15./16. Februar seinen Lesern folgende Kleintindergeschichte erzählt. „Der Ring der Republik“, der bei der Verhängung des polnischen Meeres mit dem Mutterlande am 10. Februar 1920 ins Meer gestürzt wurde, befißt bereits seine schöne und dabei außerordentlich charakteristische Legende. Nach Ansicht der Fischer kann man diesen Ring auf dem Meeresgrund sehen, und was den Ring der Republik einmal erblickt, dem bleibt das Glück bis an sein Lebensende treu. Wer es aber wagen sollte, den Ring vom Meeresgrund zu erlangen, den erwartet das Verderben. Die Legende besagt, daß sich der Ring auf dem Meeresgrund fortbewegt und den sich unter Fremder Herrschaft befindlichen slawischen Völkern zuschwimmt. In dem Augenblick, wo er die Grenzen erreicht hat, werden die slawischen Völker mit dem Mutterlande vereinigt.“ Diese schöne Legende wird ja wohl eines Tages ihre Fortsetzung finden, die dann vielleicht so aussehen mag: Eines Tages, wird es dann heißen, kam vom hohen Norden durch das ach polnische Meer ein großer Fisch ange schwommen, vor dessen Anblick die friedlichen Fischer eroberten. Dieses Untier verlockte den Ring, und es erfüllte sich an ihm die Weissagung jener Legende: Es wurde vom Verderben ereilt. Und der Sturm schwemmte das verendete Untier ans Ufer. Dort wurde es von einem ohne Zweifel sehr edlen, aber nicht auf den „Dzien Pomorski“ abonnierten Polen gefunden, der den Ring beim nächsten Zubeh verlegte.

### Ein Musterbeispiel gewissenloser Berichterstattung

Verächtliche polnische Zeitungen brachten kürzlich die Nachricht, daß ein im Danziger Freischaubatt lebender Pole an den Folgen der Schützen, denen er leitens der Danziger Behörden ausgeliefert gewesen sein soll, gestorben sei. Stiba, wurde da behauptet, sei aus seiner Wohnung in Piezendorf vertrieben worden, weil er seine Kinder in die polnische Schule schickte. Es sei ihm eine völlig unzureichende, unhygienische Wohnung in Christinendorf zugewiesen worden; bei der Wohnung befände sich kein Abort, das Wasser müsse aus einem zwei Kilometer entfernten Teich geholt werden, und Stiba habe täglich zehn Kilometer zu seiner Arbeitsstelle zu laufen. An den Aufregungen und Strapazen sei er dann gestorben.

Die Wirklichkeit hat erhebllich anders ausgesehen. Stiba hatte sich in Piezendorf auf einem Grundstück, das ihm nicht gehörte, aus Material, das er anscheinend unethisch erworben hatte, einen Holzschuppen errichtet, in dem er unter mensch unwürdigen Bedingungen ohne Genehmigung der Baupolizei mit seiner Familie hauste. Mehrfachen Aufforderungen, den Schuppen zu räumen und abzubauen, lehnte der Pole passiven Widerstand entgegen. Daraufhin wurde ihm, da am Ort keine Wohnung vorhanden war, Ende v. J. in Christinendorf vorläufig eine

Unser gemeinamer Beauftragter für die Danziger im Reich, Ministerialrat Dr. Markull, ist am 17. Februar gestorben.

Er hat den früheren Reichsbund der Danziger während seines Bestehens von 1928 bis 1933 geleitet und sich auf seinen Ruf gern zur Verfügung gestellt, um der Arbeit für Danzig im ganzen Reich wieder den notwendigen Mittelpunkt zu geben. Neben dem schweren Hauptamt unermüßlich tätig, hat er, klug und gewandt, mit großer Liebe und Talents seine Aufgabe erfüllt. Sein Schicksal reißt auch bei uns eine schmerzliche Lücke. Wir trauern mit allen Danzigern um ihn und bewahren ihm ein dauerbares und ehrenvolles Gedächtnis.

Dr. Oberländer

Dr. Bolle

Zimmerrwohnung mit Küche zugeweiht; der Schuppen wurde abgebrochen und das Material zugunsten der von Stiba gefährdeten Personen sichergestellt. Die drei erkrankten Kinder des Polen wurden auf Kosten der Gemeinde Piezendorfs ins städtische Krankenhaus überführt. Die Stiba zugeweihte Wohnung war von der Baupolizei zu Wohnzwecken freigegeben und bisher ständig vermietet. Der Mietpreis, den Stiba nicht aufbringen konnte oder wollte, wurde von der Gemeinde aufge übernommen. Abortanlagen sind auf dem Grundstück, das Stiba mit seiner Familie bezog, vorhanden. Wasser kann aus der 50 Meter entfernten Dorfpumpe entnommen werden. Stiba war bei Widerstandarbeiten beschäftigt, zu denen er verkleidete Wege zurücklegen hatte, niemals aber zehn Kilometer, wie in der polnischen Presse behauptet wurde. Uebrigens war Stiba in die schwere Vollage, aus der ihm die Danziger Stellen nach Möglichkeit herauszuziehen versuchten, dadurch geraten, daß er von einer polnischen Behörde, bei der er früher beschäftigt war, entlassen worden war. Die Abdultion der Leiche hat ergeben, daß der 65 Jahre alte Stiba stark an Arterienverkalfung und Blutandrang zum Gehirn gelitten hat und an einer Gehirnblutung gestorben ist.

Aus diesen Tatsachen, die ein weitgehendes Entgegenkommen der Danziger Behörden gegenüber einem vorkommenden und renitentem Staatsbürger erkennen lassen und feinerlei Anhaltspunkte für eine Schilfionierung aus nationalen Gründen bieten, macht die polnische Presse eine Schauerarbeit, die für die gewissenlose Berichterstattung dieser Presse überaus typisch ist. Es ist bemerksenswert, daß es nicht einmal die amtliche „Gazeta Polska“ für notwendig gehalten hat, den ihr zugeleiteten Bericht auf seinen Wahrheitsgehalt nachzuprüfen. Dieses Blatt, von dem man etwas mehr Sorgfalt erwarten dürfte, brachte die Nachricht unter der Ueberschrift „Ein Todesopfer des Kampfes um die polnische Schute.“ Man kann dem Blatt, das es notwendig hat, mit solchen Mitteln nach „nationalen Wärtoren“ zu suchen, nur das tiefste Gefühl beleidigt ausprechen. Vielleicht zieht es aber aus dieser blamablen Panne die Folgerung, seinem Danziger Korrespondenten Bientowski klarzumachen, daß der Vorzug, das amtliche Organ der polnischen Regierung bedienen zu dürfen, zu einer wenigstens einigermaßen wahrheitsgetreuen Berichterstattung verpflichtet.

### Ein Buch über Bisulski zurückgegeben

Das vor kurzem erdichtene Buch des früheren Innenministers, Generals Sjawoj-Sklabkowski „Strzepy Meldankow“, ist auf Anordnung der polnischen Regierung aus dem Buchhandel zurückgezogen worden. Es heißt, daß die Legionäre der 1. Brigade an dem Buch Anstoß genommen haben, da es sehr eingehende Schilderung, die der Verfasser vom Leben und Wirken des Marschalls Bisulski in den letzten Jahren bringt, manche bekannte Persönlichkeit in keinem besonders günstigen Lichte erscheinen läßt. Von der „Polska Zachodnia“ wird die Veröffentlichung des Buches bestritten. Es sei nur zurückgegeben, und die Auflage habe sich durch den Streif der Barischauer Drucker verzögert.

## Königsberg soll Ueberseeverkehr werden

In zunehmendem Maße haben sich Schweden, Finnland und Polen, aber auch die Sowjetunion im Laufe der letzten Jahre bemüht, unter Ausschaltung der deutschen, holländischen und englischen Nordseehäfen einen unmittelbaren Schiffsverkehr mit Uebersee in sein Leben zu rufen. Vor allem Polen hat sich Ödgingen um die diese Bemühungen etwas kosten lassen. Hamburg, Bremen usw. haben die Folgen dieses direkten Anschlusses der Ostsee an das Weltmeer in mancher Hinsicht schon zu spüren bekommen. Und es ist damit zu rechnen, daß diese Entwicklung in Zukunft noch weitere Fortschritte macht. Die Veruche der großen Schiffsfahrtslinien der deutschen Nordseehäfen, durch die Einrichtung besonderer Ostseedienste den Bestrebungen der Hafenpolitik Schwedens, Polens usw. vorzubauen, hatten nur teilweisen Erfolg. Von diesen Erfahrungen ausgehend, hat Staatssekretär Koenigs vom Reichs- und Preussischen Verkehrsministerium in einem Vortrag, den er kürzlich in Erfurt hielt, den Plan einer Einbeziehung auch der deutschen Ostseehäfen in den transatlantischen Schiffsverkehr entwickelt. Von Hamburg und Bremen, so führte Koenigs u. a. aus, werde dieser Schanke zwar nicht freudig aufgenommen werden; aber wenn schon Ostseehäfen in den Ueberseeverkehr eingeschaltet werden, dann sei es selbstverständlich, daß nicht fremde, sondern deutsche Ostseehäfen an die Stelle Hamburgs oder Bremens treten müssen. Die Frage, welcher deutscher Ostseehafen als Ausgangspunkt eines unmittelbaren Ueberseeverkehrs zu wählen sei, könne nur zu Gunsten Königsbergs entschieden werden, da nur ein Hafen, der weiter östlich als Ödgingen liegt, ernstlich in Betracht kommen könnte. Der Königsberger Hafen (der nach dem Kriege befamlich stark ausgebaut worden ist) sei für diesen Zweck sehr geeignet und lasse auch das Aufkommen der notwendigen Gütermengen erwarten. Heute würden dort monatlich über 8000 Tonnen Güter nach Uebersee verladen; eine Ziffer, die sich bei Einrichtung eines unmittelbaren transatlantischen Dienstes erheblich steigern lassen werde. Der Königsberger Hafen werde in der Lage sein, den während der letzten Jahre nach Ödgingen und anderen

Häfen abgewanderten französischen und polnischen Organisations wurde ein Protokoll unterzeichnet, das die in der französischen Industrie tätigen polnischen Arbeiter betrifft. Wie allgemein bekannt ist, befinden diese sich, soweit sie nicht über die Grenze abgehoben worden sind oder freiwillig das Land verlassen haben, in großer Not. Nach der erwähnten Abmachung soll nun versucht werden, ihnen in Frankreich ein Unterkommen in der Landwirtschaft zu ermöglichen, und zwar zunächst als Landarbeiter und später vielleicht auch als Siedler. Der Erfolg dieser Vereinbarung muß abgewartet werden. Die Verwendung der polnischen Arbeiter in der Landwirtschaft hat in der Regel ihre räumliche Zerstreuung zur Folge, was die von den französischen Behörden beabsichtigte Franzöisierung erschwert. Den Einzelnen muß auf diese Weise vielleicht geholfen. Für Polen aber bedeutet es einen östlichen Verlust. Mag sein, daß den maßgebenden polnischen Stellen heute lieber ist als die Rückkehr der Auswanderer nach Polen, wo sie doch nur eine wirtschaftliche Last bedeuten.

## Die Polen in Frankreich

Die Polen in Frankreich

Deutscho-polnische Verhandlungen und Besuche

# Die Hochschulen Ostdeutschlands 1934/35

Ueber den Besuch der ostdeutschen Universitäten und Hochschulen im Sommersemester 1934, im Wintersemester 1934/35 und im Sommersemester 1935 gibt nachstehende Uebersicht Auskunft. Die Angaben sind dem „Deutschen Hochschulführer 1936“ entnommen. (Herausgegeben vom Reichsstudentenwert gemeinsam mit der Deutschen Studentenschaft. Verlag Walter de Gruyter u. Co., Berlin und Leipzig.) Es waren im matriculiert:

	SS	WS	SS
Universität Königsberg	3600	2298	2070
Universität Breslau	3450	3489	3045
Technische Hochschule Breslau	402	452	306
Technische Hochschule Danzig	1264	1278	1141
Handelshochschule Königsberg	403	372	248
Staatliche Akademie Braunsberg	103	105	84
Hochschule f. Lehrerbildung Bentzen D/S	184	184	218
Hochschule f. Lehrerbildung Elbing	300	377	462
Hochschule f. Lehrerbildung Frankfurt (O.)	159	157	414
Hochschule f. Lehrerbildung Dirschau i. W.	291	225	328
Hochschule f. Lehrerbildung Rottbus	163	154	313
Hochschule f. Lehrerbildung Rauenburg i. P.	271	209	421

Danach ist vom Sommersemester 1934 bis zum Sommersemester 1935 im Besuch der Universitäten Breslau, vor allem aber Königsberg, ein scharfer Rückgang zu verzeichnen. Das ist durch die allgemeine Entwicklung des deutschen Hochschulwesens bedingt. Die Gesamtzahl der an den 23 Universitäten des Deutschen Reiches immatrikulierten Studenten ist vom SS 1934 zum SS 1935 von 71 103 auf 55 989 zurückgegangen. Der Anteil der an der

Universität Breslau Studierenden an der Gesamtzahl der an den Universitäten des Reiches Studierenden ist in dem erwähnten Zeitraum von 5,1 auf 5,4 gestiegen. Ungünstiger steht in dieser Hinsicht die Universität Königsberg da: Deren Anteil ist von 3,2 v. h. auf 3,7 v. h. gefallen. Betrachtlich ist der Rückgang des Studiums an den Technischen Hochschulen des Reiches und Danzigs: SS 1934: 15 555, SS 1935: 12 415. Der Anteil der 13 Breslau an der Gesamtzahl der Studierenden dieser Hochschulen ist in der angegebenen Zeit von 3,1 v. h. auf 3,2 v. h., der entsprechende Anteil der 13 Danzig von 8,1 v. h. auf 9,2 v. h. gestiegen. Unverhältnismäßig stark zurückgegangen ist der Besuch der Handelshochschule in Königsberg. Der Besuch der Staatlichen Akademie (Philosophisch-theologischen Hochschule) in Braunsberg (Ostpreußen) hat nachgelassen, bei gleichzeitiger Zunahme der Gesamtzahl der an dieser Hochschulgattung immatrikulierten Studenten. Eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung ist bei den Hochschulen für Lehrerbildung zu verzeichnen, vor allem bei denen in Frankfurt (Oder), Dirschau, Rottbus und Rauenburg in Pommern. Von den heute 15 derartigen Hochschulen liegen 6 im Osten. Deren Anteil an der Gesamtzahl der an dieser Hochschulgattung Studierenden hat sich, trotz der Neugründung zweier Hochschulen in Pasing und Eschingen, mit 43,1 v. h. etwa auf der gleichen Höhe gehalten. Von den 9 Kunsthochschulen des Reiches liegt nur eine im Osten: Staatliche Meißner Akademie für die bildenden Künste in Königsberg Pr. Die Freie Stadt Danzig hat seit 1935 eine Staatliche Akademie für Praktische Medizin.

Im Zusammenhang mit den zu erwartenden deutsch-litauischen Wirtschaftsverhandlungen sind die Angaben über die Zusammenfassung des litauischen Außenhandels nach Ländern von Interesse. Die Ausfuhr Litauens hat nach litauischen Angaben im Jahre 1935 152,2 Mill. Lit, die Einfuhr 128,5 Mill. Lit betragen. Unter den Handelspartnern Litauens hat England weitaus an erster Stelle gestanden. Die Ausfuhr nach England hat im vergangenen Jahre 45,6 v. H. der litauischen Gesamtausfuhr, die Einfuhr von dort 37,2 v. H. der litauischen Gesamteinfuhr betragen. Deutschland hat im Jahre 1934 noch 21,6 v. H. (= 31,8 Mill. Lit) der litauischen Ausfuhr aufgenommen. Im vergangenen Jahre ist es als Abnehmer litauischer Waren mit nur noch 3,5 v. H. (= 5,4 Mill. Lit) an die dritte Stelle gerückt. Es steht heute hinter England (42,5 v. H.), der Sowjetunion (8,5 v. H.), Belgien (7,8 v. H.), Holland (5,2 v. H.), Frankreich (4,6 v. H.), Dänemark (3,7 v. H.) und der Tschechi (3,7 v. H.). Nach all diesen Ländern ist die Ausfuhr Litauens im Vergleich zum Jahre 1934 (jeweils dem Werte wie dem Anteil nach gestiegen. An 9. und weiterer Stelle folgen als Abnehmer litauischer Waren Dettland, Schweden, U.S.W., die Schweiz, Palästina, Estland, Italien, Oesterreich usw. Bemerkenswert ist, daß der Anteil der westeuropäischen Staaten (England, Belgien, Holland, Frankreich) an der Gesamtausfuhr Litauens von 1934 bis 1935 von 52,7 auf 63,2 v. H. angewachsen ist. Die Gesamtausfuhr Litauens ist in dieser Zeit um 5 Mill. Lit gestiegen.

Dagegen ist die litauische Gesamteinfuhr um etwa 10 Mill. Lit zurückgegangen. In der Einfuhr Litauens steht Deutschland, wenn auch mit einem stark verringerten Anteil, immer noch an zweiter Stelle hinter England. Der deutsche Anteil ist von 28,0 v. H. (= 38,8 Mill. Lit) auf 11,4 v. H. (= 14,6 Mill. Lit) zurück-

gegangen. Es folgen als Lieferanten Litauens die Sowjetunion (10,5 v. H.), die Tschechoslowakei (7,1 v. H.), Holland (4,6 v. H.), Belgien (3,8 v. H.), Frankreich (3,4 v. H.) und U.S.W. (2,9 v. H.). Weiter schließen sich an Dänemark, Schweden, Oesterreich, die Schweiz, Dettland, Italien, Estland, Spanien, Argentinien usw. Auch die Einfuhr Litauens hat sich stark nach den westeuropäischen Ländern verlagert. Deren Anteil an der litauischen Gesamteinfuhr ist von 1934 bis 1935 von 38,1 v. H. auf 49,0 v. H. angewachsen. Vom Gesichtspunkt der Handelspolitik befindet sich Litauen in weitgehend der Abhängigkeit von England, während für dieses umgekehrt Litauen als Handelspartner von völlig untergeordneter Bedeutung ist.

England hätte, wenn es nur wollte, durchaus die Möglichkeit, Litauen in der Messerfrage zur Ordnung zu zwingen. Frankreich, die Tschechi, die Sowjetunion und Dettland, also die vier Staaten, die der antieuropäischen Politik Litauens besonders günstig gefolgt sind, spielen mit zusammen etwa 19 v. H. der Ausfuhr und etwa 22 v. H. der Einfuhr Litauens keine ausschlaggebende Rolle. Wenn es nach den angeführten Zahlen Litauens im vergangenen Jahre auch gelungen ist, die starke Schrumpfung der Ausfuhr nach Deutschland durch eine Steigerung der Ausfuhr nach anderen Staaten mitzumachen, und wenn es auch einen immerhin beträchtlichen Attisafido erzielt hat, so können diese Tatsachen doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Ausfall Deutschlands als Abnehmer litauischer Waren eine schwere wirtschaftliche Belastung für Litauen bedeutet. Die Ausfuhr, vor allem nach den westeuropäischen Staaten, kann nur mit Mühe und z. T. empfindlichen Opfern aufrechterhalten werden. Die Handelsverträge, die auf diesen Märkten zu erzielen sind, reichen z. T. nicht aus, um die Selbstkosten der litauischen Wirtschaft zu decken, bleiben in jedem Falle erheblich hinter den Erlösen zurück, die an sich auf dem deutschen Markte zu erzielen wären.

## Im Winter durch bayerisches Grenzland

### Stiftchen zwischen Grenzsteinen

Wer einmal in den Grenzbergen der Bayerischen Ostmark war, hat diesem Land eine heimliche Liebe geschworen. Und Treue dazu! Liebe — um der Mäßigkeit einer wunderbaren, alltagsfernen Natur willen, die Ruhe — der Menschen halber, die mit ihrer fernhaften Kraft und ihrem Herbst: diesen Boden jahrhundertlang hielten, daß er deutsch und unser blieb.

Schöne, geliebte Ostmark! Zu jeder Jahreszeit erhebt in der Pracht deiner endlosen Urwälder, in der Lieblichkeit deiner heimlichen Dörfer, im Glanz deiner 1000jährigen Klöster, Kirchen und Burgen, bist du doch am allerhöchsten im Schnee! Wenn ein weißer Teppich die fruchtbaren Felder der „Kornkammer Bayerns“ um die Donau ebenso weich zudeckt, wie die Dedwiesen und Hochmoore droben am Grenzamm, und sein Silberglanz die aufstehenden Siedlungen gleichermaßen schmückt, wie die armen Waldhütten dazwischen.

Doch wohin zuerst? Die ganze Landschaft zwischen Passau und Hof in der Pracht ihrer Schneeberge liegt vor uns wie ein aufgeschlagenes Bilderbuch, aber je länger wir es durchblättern, desto schwerer wird die Wahl. Wir müssen schon mit geschlossenen Augen das Ziel herausgreifen, und wahrlich, — wir haben gut gewählt!

### In Adalbert Stifters Waldheimat

Die Fahrt dort hinaus beginnt am „Deutschen Eck im Osten“, in Passau, der atemberührenden Dreifaltigkeitsstadt, die schöner ist als alle Erwartung. Hier müssen wir einen Tag unseres Urlaubs verschleppen, er wäre sonst ohne Belohnung. Ergreifen lauschen wir der größten Kirchenorgel der Erde im herrlichen Dom, besuchen die Feste Oberhaus mit dem Dtmarmuseum, die neue Abteilungsanlage, das gigantische Kachelstrafwerk, bis frühe Dämmerung alles verflucht. Da taucht aus dem Dunkel der Waldmitte hoch über uns ein hellstrahlender Richtungsweg auf, wie ein goldener Pfeil

unter dem silbernen Sternenhimmel, und in Buchstaben lesen wir: „Bayerischer Wald“.

Doch er fast vor den Toren der Stadt beginnt, ist die erste glückliche Ueberraschung. Nach vor Nacht kommen wir 800, 900, 1000 m hoch hinauf, und ob wir nun die gemütliche „Präriebahn“ oder den modernen Leichttriebwagen, einen Post- oder privaten Omnibus nehmen, wir landen in etwa zwei Stunden in der weißen, stillen Welt des sogenannten „Unteren Waldes“. Herrgott, gib's da Schnee! So tief, so zuverläßig, so dauerhaft, wie ihn eben nur der schneereiche südlische Teil des Bayerischen Waldes hat, und dieser ist ohnehin schon von allen deutschen Mittelgebirgen am meisten mit Schnee gelegen.

Im Stifters „Hochwald“ am Dreiländereck ganz nahe zu sein, den fast noch unentdeckten Wäldern am 1330 m hohen Dreifaltigkeit, um auch „drüben“ das märchenhafte Bärenhänergebiet und unsere deutschen Brüder in Böhmen bequem besuchen zu können, wählen wir als Standort Maßmühle (820 m). Dieser freundliche Grenzort — Einbahnstation der deutschen und Ausgangspunkt der tschechischen Bahnlinie der Strecke Passau-Budweis — ist bestens zu unserem Empfang gerüstet. Auch das Gelände rundum finden wir sorgfältig aufbereitet. Da lockt vor allem der Anstieg zum Fürstenthron des Dreifaltigkeit, zum Hofstein, zum Maßmühlquell. Nicht mehr nur um der herrlichen Fernsicht willen über das weiße Bayerland bis zum Alpenfirnen und nach Böhmen und Oesterreich hinein, auch nicht allein wegen der gemächlichen Tausche im schönen Unterunkershaus da droben: heuer laden uns vor allem die beiden neuen 4 km langen und über 14 m breiten „jüngsten“ Wälfahrten nach Witzschenu und Frauenberg, die, wie Kenner versichern, den berühmten Berchtesgadner Wälfahrten um nichts nachstehen. Dazu die turenreichen Kodelbahnen, die schurgeraden Waldschneisen und die durch Schneepflüge auch für

Fußmänderer und fahrzeuge freigehaltene Straßen. Nicht verraten wollen wir die vielen einlame Stipade vorbei an schneebeladenen Urgefleinsbüden, die Böhlfürden zwischen gepeniterhaft zusammengefrorenen Tannen, die heimliche Schmuggelwege hinüber und herüber. Wer Stiefers „Waldfest“ geleitet, der weiß sie selbst zu finden. Dieser wahrhafte Poet wird ihn hier oben zum Führer und Gefährten, denn er kannte wie keiner alle Plätze dieses herrgottswinkels, wo die Seele des Müden ausruhen und frei ausschwingen kann.

### Stigebiet „zur luftigen Höb“

Eigentlich ist es nur eine große Stiwiese und ein kleines Wirts haus, die lügenannte „Luftige Höb“ da oben in der Einlamte der Kammerleibung von Leopoldsreuth (1150 m). Wir aber wissen keinen passenderen Ramen für das ganze weite Kammegebiet, das sich von hier nach F r i m a n s- und Klein-Philippss- und Herzogs- und Bischofsreuth ausbreitet. Diese ganze hochstliche mit all den Rodungen aus dem Urwald, mit einem vielseitigen Touren- und Lebungsallende, mit schier enlofen Hängen mit Neigungsgraden aller Art, mit Rodelbahnen und Abfahrten nach Waldkirchen, Freyung und Grafenau, sie ist ein einziger Begriff, eben: die luftige Höb.

Freilich, der „Böhmische“ preift scharf genug von Ofen; er löst die Bäume in Eispanzern erstarren, türmt riesige glühende Schneewälle auf und schüttet immer neue Wolken voll Floken über die windgeduckten Häuser der Menschen, bis an den Rauchfang hinan. Dann steigen die Leute beim ersten Stock aus ihren Stuben, und in Leopoldsreuth findet der Turm- und Stununterricht oft genug vom Dach dieser allerhöchsten Schule Deutschlands aus statt. Das ist gar lustig anzuschauen, und wir üben mit den Buben und Mädchen um die Bette, bis das Training ausreicht für die große etwa 4tägige Kammwanderung, die uns zum Lufen hinüber, zum Rachel, Falkenstein und Arber empör und durch den Camer Winkel zu den Gipfeln des Offen führt.

Der beste Stüppunkt für dieses Gebiet ist Bischofsreuth (1000 m). Dieses höchstgelegene Pfarrdorf Bagners, unweit der Wasserscheide zwischen Elbe und Donau, ist auf Besuch wohl vorbereitet. Bequem führt die Straße von der Bahnstation Halbmiühle dorthin durch prächtige Forste, und wenn wir Glück haben, erwartet uns droben ein glasklarer Himmel, der sich wie eine blaue Glocke über die „Luftige Höb“ spannt.

## Bücher über den Osten

**Das Jahr 1920.** Band II der Erinnerungen und Dokumente. Von Josef Willidit. Effener Verlagsanstalt, Offen, 1925. 322 Seiten. Mit einem Vorwort von Reichspräsidenten Ebert. Einmal über uns in Wien, einem Bericht Willidits und 8 Kartenbeilagen, Preis brosch. 7,20 M., Kleinen 5,50 M. Der Inhalt dieses Bandes der „Erinnerungen und Dokumente“ bildet die Darstellung des polnisch-schlesischen Krieges von 1920 an der Feder des Marxhalls, die vorwiegend durch die Veröffentlichung einer Reihe von Vorträgen, die der Befehlshaber der bolschewistischen Westfront, Tuchatschewski, im Jahre 1923 an der Moskauer Militärakademie gehalten hat. Inzwischen erschienenen Vorträge sind als Anhang beiliegend (S. 259-317). Es ist zweifellos, zwar die Darstellung des vollen Ozeanreiches, auf die sich der polnische Krieg bezieht, auszuführen, der Marxhalls beweis auch in der Schilderung des Jahres 1920 wieder eine ungenau plastische und lebendige Darstellung, die das Studium dieses militärischen Wertes auch für den Laien zu einem Genus macht. Willidits Kritik gilt nicht nur seinem ehemaligen Gegner, dessen strategische Überlegungen und oft widerprüfswolle, von politischen Agitationsabsichten geleitete Schilderung ihn zum Widerspruch herausgefordert haben; sondern er kritisiert auch ziemlich scharflos mit einigen politischen Anmerkungen an, über deren definitives Verhalten an den „erschrittenen Kampfenden des Weltkrieges“ er die ägliche Fange seines Spines ansieht. Er nimmt, und wohl mit Recht, für sich allein den Ruf an Anspruch, das „Wunder an der Weichsel“ herbeigeführt zu haben. Sehr eindringlich schildert er die militärische (weniger die politische) Situation, die ihn dazu bewog, mit einem Bietel der polnischen Armee (beim Abzuge drei Bietel in

### Rund um die Silberhüte

Dort, wo sich nördlich der Furcher Senke die Grenzsteine den Kamme entlang bis Waldalben hinauf ziehen und die Berge des Oberpfälzerwaldes sich auf Höhen von über 900 m erheben, erwartet uns ein Neuland des Wintersports. Freilich, nicht die ausgetretenen Pfade großer Skitarawanen führen uns auf seine freien, weiten, lichten Hänge und zu den Höhen der z. T. noch ungerodeten Urwälder. Wir müssen schon auf schmalen Waldtrüpfchen und tief verjähnten Holzleihen, die uns mit weiten Durchblicken auf das Oberpfälzer, das Franten- und Böhmerland überblenden, unsere Entdeckungsfahrt durch die burgenreiche „Steinpfalz“ antreten.

Keine Sorge, beste Martierungen bemahren uns vor dem Verirren, und einmal treffen sich doch alle Wege und Bänder oben auf weiter, weiter Höhe, auf dem Silbererhellen. Das ist der schönste Stügang der Oberpfalz; erschlossen durch die praktische Straße von Weiden her, durch Winterportzüge und Autobusverkehr bis an seinen Fuß; geschützt gegen rauhe Ostwinde durch eine Front schneebeladener Tannen; gekrönt mit der neuerbauten „Hermann-Esser-Schuhhaus-Silberhüte“, einem ausgezeichnet bewirtschafteten und modern eingerichteten Haus, das trotzdem traumliche Bergfahrerberge geliebet.

Dies ist der beste Stüppunkt für alle Führer in der Runde; hinab in die Täler der Waldalben, der Ruhe, Schwarzgach und Freimund, über die sich die Ruinen der vielen Grenzburgen erheben, hinauf zum Reichenstein und Birkenberg, zum Frauenstein und Fahrenberg, wo ein zweites Schuhhaus vor der Wollendung steht und die schönsten Hänge sowie eine Sprungschanze uns erwarten. Von der Silberhüte aus machen wir Absteher nach Bohrenstrauß und Foch hinüber und zu den anderen freundlichen Dörfern und Wäldern, in denen wir, dem Charakter der Grenzgewohner und ihrer Jahrhunderte alten Sitte und Ueberlieferung entsprechend, überall gastlich aufgenommen werden.

### Die Grenze zwischen Deutschen und Deutschen

Ein „verlassenes“ Grenzland ist sie heute nicht mehr, die Bagerische Offmark, auf ihrem Posten vorm Böhmerwald. Aber ein stilles Land voll wohlthuender, heilender Einlamte ist sie geliebten. Und das macht uns den Winter gerade in diesem Lande so lieb, daß der vom Himmel herniebergelebte Schnee mitdächtig die grauen Grenzleiste zwischen Deutschen und Deutschen deckt. Wir glauben, ja wir wissen, daß er unter feiner Winterhülle den Lebenssaft für einen neuen Frühling bewahrt.

Dr. A. L. von Schellwitz-Utzen.

passiver Abwehr des bolschewistischen Vormarsches im Warschau verlammt waren) im Bierg-Bogen aufzumarschieren, um von hier aus den vernichtenden Stoß in die Platte des Gegners zu führen: „Ich verleihe die Hauptrolle mit dem vollen Bewusstsein des Einflusses und dem Gefühl eines gewissen Ansehens mit gegenüber, nach ich erfolgte der polnische Krieg mit Schwäche in meinem Entschluß lebender Vögel und jedweden gelunden Grundstößen des Krieges unüberwindlich makte.“ In der Ähnlichkeit, sich im gegebenen Augenblick frei von dem geistigen Zwang überlieferter Regeln der Kriegsführung zu halten, in der Erkenntnis, daß der Krieg mit Ausland nach völlig anderen Regeln geführt werden müßte, als sie der Weltkrieg abschalt hatte, in dem intuitiven Erkennen, daß nicht der Schicksalssatz, sondern die Bewusstheit des Gegners, dieses Gefühl ein „neutrag“ die Würde des Feldherrn Willidits. Der Krieg von 1918/20 war ein Krieg der Autokratien, ein Krieg, in dem rasch aufgestellte Beere gegeneinander kämpften. Das gibt ihm keine einseitige Note. Und das macht auch das Buch Willidits, des siegreichen Autokratisten, zu einer auffallend freien und spannenden Lektüre. Dr. K.

**Die West-Übersetzung in der deutschen Geschichte.** Von E. E. h. v. d. Burg. Verlag Ferdinand Birk in Breslau, 1925, 288 Sekt. Preis brosch. 7.- M. — Das Buch von Starik ist in seiner historischen Durchdringung aus den gegenwärtigen politischen Nordverungen einer tiefen Ausdringung des deutschen Volkes heraus entstanden. In seiner Anlage sucht es die gesamte Entwicklung der Jahrhunderte zu umspannen, die vorwiegend die Ursachen ebene wie die Veränderung des germanischen Lebensstammes in der Völkerveränderung und das seit Karl dem Großen infolge der mittelalterliche

der Völkern über die Elbe-Saale, schließlich die Bedeutung und Wirkung der hohenpolaren und Dalsburger für die deutsche Entwicklung im Osten. Der Verfasser gibt ferner Wert den Hinweis: „Zur Geopolitik Deutschlands“ und sucht die raumgebundene Juwergeschichte einer Civiltätswelt des deutschen Volkes und namentlich die Bedeutung der Weltumfilder in dieser Entwicklung nachzuweisen. Aber so sehr die Einwirkung geographischer Bedingungen auch anerkannt werden muß, eine Heberhebung der Raumgeschiedenheit als alleinige Ursache des geschichtlichen Geschehens ist nicht zumutbar. Der Verf. ist es doch wohl abzuweisen. Auch berücksichtigt Stratz kaum, daß im Ost der geschichtlichen Entwicklung das Verhältnis von Reich und Raum sich ändert. Wenn bei der Kolonisation des Mittelalters noch angenommen werden kann, daß damals die Wohnstätten der Landstädte in härterer Weise mitstreben, so ist die Ziedung des 18. Jahrhunderts doch in stärkerer Maße aus den politischen und staatsrechtlichen Bedürfnissen des Staates heraus entstanden. Im 19. Jahrhundert mit seinen vermehrten politischen Kriegen und neuen politischen Formungen gewinnt schließlich ein ganz neues Verhältnis zum politischen Raum. Der Wert des Buches liegt in der lastlich geliebten Zusammenstellung des Lauffachmaterials über das Vordringen der Deutschen in den Ostraum. Dennoch möchte man wünschen, der Rahmen des Buches wäre weiter gefaßt worden, um den heutigen Bedürfnissen mehr zu genügen. Jedes deutsche Vordringen nach Osten war immer von zwei Faktoren abhängig, vom Vorkriegsstand und der Gegenwart. Nur noch von der geamtdeutschen Einheitsfront. Erstere gerade die Behauptung der deutschen Existenz, die zweite die geamtdeutsche nicht idem genug herausgearbeitet. Man irrtigzeitig ist er moralische Urteile aus, und so scharf auch beispielsweise die Forderung der Politik des 19. Jahrhunderts betont werden muß, so verurteilt Stratz doch aus einer falschen Richtung. Am Referat wird schließlich der Eindruck erweckt, als wäre allein die Erkenntnis der östlichen Ausrichtung bereits entscheidend. Inaben Stratz die Komplexität der mitteleuropäischen Lage Deutschlands nicht gesehen, erfaßt er nicht die ungetreuen Schwierigkeiten, die zwischen einer politischen Orientierung eingeschoben. Er übersieht, daß immer eine ungenügende Auserkennung und nicht der gute Wille allein, dazu genügt, um Ostpolitik zu treiben.

J. F.

**Männer.** Ein Buch des Stolzes. Von E. H. H. Mittel. Frankfurt-Verlagshandlung, Stuttgart, 65 Seiten. Preis Zeilen 2.80 M. — Der junge Volker Schriftsteller, der sich schon mit seinem Kriegsbuch „Durchbruch anno ad huc“ als einer der besten gehalten des Kriegserlebnisses erwiesen hat, erzählt hier zwölf Anekdoten von deutschen Soldaten. Er erzählt, wie sie zu kämpfen und zu sterben verstanden: am See, in der Zeit, in der die Front, in den Kolonnen und in der Gefangenenschaft. Um von Männern zu reden, die die Bedeutung des Soldatendienen, ist kein Passus notwendig. Mittel schreibt einen gebildeten, durchgebildeten Stil. Was er schreibt, zeigt Haltung und verpflichtet zu Haltung. Man liest es mit einem Gefühl des Stolzes, und man wird es immer wieder lesen. Es führt seinen doppelten Titel mit Recht.

Dr. K.

**Der Große Kurfürst.** Ein historischer Roman von A. d. d. v. Königsberg. Traditionsverlag Rolf u. Co., Berlin 68, 1925, 338 Seiten. Preis kartoniert 4,00 M., Weinen 5,50 M. — Der Kampf mit Schweden um den Besitz der Oberelbinger, der Versuch, Brandenburg zu einer Seemacht zu machen und schließlich Kolonialbesitz zu erwerben, und das oft missbrauchte Verhältnis des Großen Kurfürsten zu Frankreich bilden den Zusammenhang dieses Romans. Der Autor hat daran verzichtet, das volle Lebenswerk dieses Fürsten darzustellen. Es ist die Mafst des Romans, die menschliche Größe und die deutsche Verantwortlichkeit des Brandenburgers zu schildern. Trotzdem viele Einzelheiten zeitgenössischen Quellen nachgeprüft sind, und trotzdem eizige Szenen von dramatischer Weizheit erfüllt sind, ist das nicht völlig gelungen. Wohl wird erzählt, daß der Kurfürst Einfluß auf die Menschen seiner Umgebung besaß, daß er auch ungeliebtenen Vandalenreden tren Befehlsgewalt zu machen verstand, daß er Arme und Untertanen mit Pflichtbewußtheit und Staatsgenossenschaft erfüllte; aber warum und wie ihm das alles gelang, wird nicht ganz klar. Der Tatsache der gefährdeten Größe fehlt ihre physiologische Deutung. Insofern wird die Aufgabe, die einem geschichtlichen Roman gestellt ist, von A. d. d. v. Königsberg nicht erfüllt. Das Buch bleibt immerhin die in ihren Einzelheiten bewachte Darstellung eines latein- und griechischen Lebens, das in der Wahl seiner Wege dem barocken Zeitalter entspricht, in seinen Folgen den Grund menschlicher Ereignisse erweckt und auch noch in seinen Beschäftigten nachwirkt.

Dr. K.

**Melissa trifft immer.** Von August Scholz. Verlag Die Marenepresse, Berlin, 1926, 150 Seiten, 2,50 M. — Genau so, wie man in Berlin über die sprachlichen Unbeholfenheiten des deutschbewahnten, Deutsch redredenden, zweisprachigen Oberflächlers schmunzelt, schmunzelt man in Warschau über denselben Oberflächler, der polnisch redredet, in Prag, wenn er es sächlich tut. . . Die oberflächliche Sprache ist nichts weiter als eine europäische Kuriosität, die zu nichts verpflichtet, Sie muß

durch Kultur befreit werden, weil sie ein trauriger Witz ist, ein tragische Mißgrat, bei der es überhaupt nichts zu tunen gibt, oder nichts zu tunen geben sollte.“ So schreibt Scholz im Vorwort zu seinem Melissa, „einem oberflächlichen Leben in Anekdoten“. Diese Anekdoten sind so erzählt, wie sie jener zweisprachige Teil der Oberflächler erzählen würde, der sich eben in zwei Sprachen verhandeln kann, aber weder deren Grammatik, noch Stil, noch tiefere Einseit beherzigt. Die Anekdoten sind wohl seltener erzählt, aber wegen des Zitats Melissa, trummer aber so nach der feil draus, daß der Melissa nicht immer gelang, sagt er. — Der oberflächliche Künstler Wilhelm Doms hat das Wandgen mit geländeren passenden Zeichnungen versehen. Dr. K.

**Der Berg der Götter.** Von Er. n. Voelckh. Paul Kupper Verlag, Breslau, 1925, 250 Seiten. — Es ist in jedem Falle ein Versuch, die Aufgaben der Erzählung einer Zeit, von der wir Bodenlande, dunkle Überlieferung und verengte Verichte Kunde geben, in romanhafter Form nachzugehen. Das gilt auch für die Erzählung Ernst Voelckhs, die im Schließen des 6. Jahrhunderts v. Chr. spielt und das Vordringen eines der ersten germanischen Stämme, die schließlichen Boden berührten, der Stren, über die Oder in das fruchtbar Land zwischen Strom und Weidte behandelt. Am Mittelpunkt der Erzählung steht der Jolden, der heilige Berg der Veneter, die vor den Germanen in Schlesien die Herrschaft über das Land und die Herrschaft über die politische Auseinandersetzung zwischen ihnen und den kausischen Stren, das Meisenunterreife der kampfstrohen Mafstigkeit jugendlichen Germanentums mit den verfeinerten Formen einer Kultur, die die weideren und sinnlicheren Züge südlicher Herkunft trägt. Einfluß tauchen die gehalten des Volkes auf, das vor den Veneter der im Lande war. Der Einbruch der Stren in den böhmischen Keifel, der erste Versuch eines kausischen Vorkrieges über die Weidte nach Westen, das Aufstehen des ersten Meisenunterreife in Mitteluropa und der Anbruch des Verfalls des kausischen Volkes bilden den weiteren geschichtlichen Rahmen dieses Geschehens. Man wird mit Recht die Frage antworten können, ob das, was hier über die germanisch-venetische Auseinandersetzung gelangt wird, richtig gelesen und zutreffend dargestellt ist. Man wird sich in mancher Hinsicht damit befriedigen müssen, daß sich diese Frage erst überaus nicht beantworten läßt und daß die Ganzbarkeit der Antwort von der einflussreichen Quantität des Erzählenden abhängt. Als literarische Leistung ist das Buch Voelckhs in jedem Falle beachtlich. Es ist keine geschichtliche Erzählung, sondern ein Zeug, nicht in der Richtung seiner Gedanken und gehalten im Stil seiner Sprache.

Dr. K.

**Kantale OZ.** Von Hans Kierwies. „Der Oberflächler“ Verlag, Uppeln, 1925, 31 Seiten. Preis 0,50 M. — Kierwies hat sich unter den jungen Dichtern seiner oberflächlichen Heimat schon einen Namen gemacht. Grenze und Größe bestimmen Inhalt und Form dieser Gedichte. Beide brachten sie Kraft, erdrückten die Freude und zermürbten die Kraft: „Reich erntet der Schwerm der Venig, rausgeschlagen ist der Horizont am Sidtag der Volenenge.“ Aber überall stehen sie auf, die Jungen, die die Kraft in sich fühlten. Mit neuen Augen erndeten bei der Reimstern der Erde, das erste Mal entfaltete sich ihnen mit all seiner Fülle der Umkreis, und tief verwundert und aufgeschossen nehmen sie auf die Vielheit der Natur.“

**Trene und Freundlich.** Die Geschichte einer Familie, Erzählt von J. H. E. d. e. Promanische Verfassung Walter Niederman, Jena 1926, 220 Seiten. Preis Zeilen 2,80 M. — Die Erzählung beginnt im Jahre 1835 in einem Posthofen in Remel und verläuft die Schicksale der Menschen, die aus diesem Hause hervorgingen. Sie führt aus Meer hinaus, das vielen Meisen Heimat war und Grab wurde, in das stille Geschicktenhaus des Wohltoilers Meide in Amisaberg und in das Ende der al. Diner und Bürgermeier von Berlin, den bekannten Georg Meide. Die Erzählung endet 100 Jahre später in demselben kleinen Haus in Remel, in dem sie begann. J. H. E. d. e. Buch ist eine anpruchsvolle, aber mit Viele erzählte Familien-geschichte, die in dem Kreis der Personen, die sie umfaßt, die starken zeitlichen und menschlichen Bande erkennen läßt, die das kleine Land im Nordosten mit dem weiten deutschen Hinterlande verknüpfen.

Dr. K.

**Wer weiß**  
 mann und wo der Superintendent  
**Edvard Hof,** 1000 in Graubenz,  
 verlorien ist, wo seine Angehörigen  
 gegenw. Aufkommen jetzt leben  
 und wo sie zu besuchen sind. Für  
 bewilligende Mitteilungen wurde ich  
 dankbar; Unkosten erhalte ich gern.

**Werbt  
 für  
 „Ostland“**

**Georg Drastisch,**  
 Frankfurt/Oder, Regierungstr. 19